

## Chronik einer bewegten Geschichte

Zusammengestellt von Adrian Flükiger

125 Jahre Sektion  
Bern Postpersonal



***Kampfgeist und Widerstand!***

## Editorial

von Adrian Flükiger



*Diese Jubiläumsschrift soll einen groben Rückblick über die vergangenen 125 Jahre seit der Gründung der ersten Gewerkschaftssektion des Postpersonals auf dem Platz Bern ermöglichen. Dies im Wissen darum, dass damit kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann, was auch völlig vermessen wäre.*

*Das Schwergewicht der Zusammenfassung bezieht sich auf die jüngere Vergangenheit und beleuchtet primär den Zeitraum von 1985 bis in die Gegenwart.*

*Weil ich mir nicht anmasse, diese Epoche allein bewerten zu wollen, habe ich weitere Mitstreiter gebeten, sich ebenfalls mit einem Beitrag zu beteiligen. Gleichzeitig bat ich darum, nebst einem Rückblick den Fokus vorab auf die Gegenwart und Zukunft zu richten, damit jene Themen Platz bekommen, welche aus ihrer Sicht durch die Gewerkschaft(en) kurz- und mittelfristig angepackt werden müssten, damit die Schweiz auf der gesellschafts- und sozialpolitischen Ebene ein fortschrittliches Land bleibt.*

*An dieser Stelle bedanke ich mich bei*

*Franz Adam  
Christof Berger  
Paul Gränicher  
Andreas Keller  
Hanspeter Kühni  
Christian Locher  
Rolf Schranz  
Johann Schüpbach  
Beat Stettler*

*und wünsche gute Unterhaltung beim Lesen und Blättern in dieser «Bibel».*

*Bern, im März 2010  
Adrian Flükiger  
Sektionspräsident*



## 125 Jahre gegen Willkür und für mehr Anerkennung

von Andreas Keller, Regionalsekretär



Die Berner sind seit alters her schon immer als gemütliche Charaktere bekannt. Man weiss aber auch, dass man sie niemals reizen sollte. Dies geschah aber offenbar vor 125 Jahren. Warum sonst hätte sich schon damals eine Postgewerkschaft gebildet?

Hartnäckig und kämpferisch wehrte sich diese Gruppe immer wieder erfolgreich gegen Ungerechtigkeiten in Politik und Wirtschaft. Von diesen 125 Jahren durfte ich die letzten rund 25 Jahre auch mit dabei sein. Ich bin stolz darauf und gebe dies auch unumwunden zu.

Angefangen habe ich als gewöhnliches Mitglied, wurde aber bald gedrängt, mehr zu tun. Mein erster Mentor war Adam Fränzu. Ich kann mich noch gut erinnern: Frisch vom Kreis Basel herkommend fragte er mich bei den Garderobenschränken auf der Galerie der legendären Schanzenpost, ob ich als Sekretär in den Vorstand kommen möchte. Ich überlegte mir dies gründlich und sagte schliesslich unter einer Bedingung zu: Die Gewerkschaft musste bereit sein, mich entsprechend weiterzubilden. Dies war der Grundstein meiner zukünftigen Berner Gewerkschaftstätigkeit.

Die Vorstände und Sektionen haben mich in diesen Jahren immer unterstützt und nie im Stich gelassen. Ich sie auch nicht. Unzählige Demos und Streiks haben wir organisiert, wir haben sie begleitet und daran teilgenommen.

Tausende Unterschriften haben wir gesammelt, «dafür und dagegen». Immer den 1. Mai zelebriert. Unmengen an Jasskarten auf Tische geklopft. Über 1600 Mitgliedern beruflichen Rechtsschutz gewährt. Mit anderen Gewerkschaften und Organisationen zusammengearbeitet. Mehrere Hundert neue Mitglieder aufgenommen.

Ständig haben wir ein gutes Vertrauensleutenetz aufrecht erhalten. Viele Dutzend Kisten Giveaways unter die Leute gebracht. Immer wieder den Arbeitgebern das Fürchten beigebracht. Tonnen von Flyern, Broschüren und Prospekten den Passanten aufgedrängt. Uns immer wieder auch mit eigenen gewerkschaftspolitischen Themen wie etwa Fusionen hart auseinandergesetzt.

Kurz zusammengefasst: Wir haben unsere Arbeit gemacht. Gut gemacht. Sogar sehr gut gemacht. In diesen Kämpfen und Auseinandersetzungen standen immer die Solidarität, die Eigenständigkeit und die Würde des Menschen im Vordergrund. Wir kämpften eben wie richtige Mutzen.

Dies alles soll sich in den nächsten 125 Jahren nicht verändern: hartnäckig und kämpferisch wollen wir bleiben.

## Chronik

von Adrian Flükiger

Dem ältesten vorhandenen Protokollbuch und der 100-Jahr-Chronik von Kollege Werner Hachen von 1985 kann entnommen werden, dass bereits im Jahre 1870, also ganze 15 Jahre vor der Gründung des **«Vereins der Postbediensteten in Bern»**, der so genannte **«Postverein Bern»** gegründet worden ist. Diesem Verein sind vom kleinsten Postpacker bis hinauf zum Kreispostdirektor alle Schichten des Postpersonals beigetreten.

Eine Frage, die schon damals viel zu reden gab, war die Verwirklichung einer Personalversicherung, angedacht in der Form einer Hinterbliebenenversicherung für die Angehörigen von verstorbenen Mitgliedern. Es gelang in der Folge, in den Postkreisen Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Luzern, Aarau und Chur so genannte Versicherungsvereine zu gründen.

Liest man in den vorhandenen Protokollen weiter, muss man leider feststellen, dass dieser Postverein sich weniger als Gewerkschaft verstand und entwickelte, sondern dass mehr und mehr gesellige Aspekte in den Mittelpunkt seines Wirkens rückten.

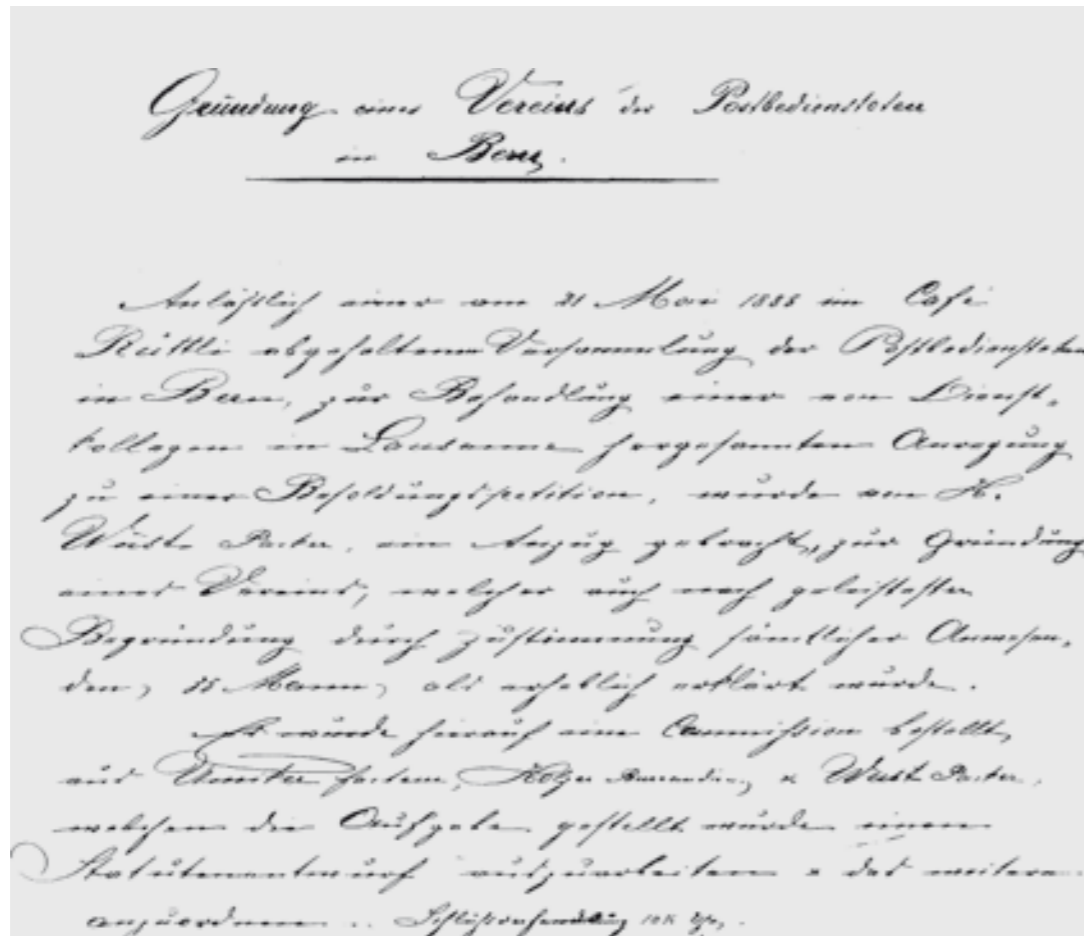
Aus den schriftlichen Aufzeichnungen geht hervor, dass der Postverein Bern schon in den ersten Jahren mit vielfältigen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Es gab viele Ein- und Austritte und oft musste sich der Vorstand mit Ausschlüssen von Mitgliedern wegen Nichtbezahlung der Beiträge befassen. Schwacher Trost: Diese Situation ist im 21. Jahrhundert keinen Deut besser.

Ein erster Antrag auf Auflösung des Vereines wurde bereits nach 7 Jahren gestellt, fand jedoch noch keine Mehrheit. Weil der Besuch der Versammlungen und anderer Anlässe sich jedoch weiter verschlechterte (auch nichts Neues), hatte man Anfangs 1880 genug und löste den Club auf.

1870



**1885  
Gründung des Vereins  
der Postbediensteten  
in Bern**



Der Vereinsgründung voraus ging eine Initiative des Platzes Lausanne, die verlangte, es sei eine Besoldungspetition an die eidgenössischen Räte zu Händen des Bundesrates einzureichen.

Am 21. Mai 1885 fand im Cafe Rütli in Bern eine erste Zusammenkunft statt. Einstimmig wurde beschlossen, diese Eingabe zu unterstützen und, um den Druck zu erhöhen, entschieden die Anwesenden gleichzeitig ebenfalls einstimmig, den **«Verein der Postbediensteten in Bern»** zu gründen.

Ein Dreierkollegium fasste die Aufgabe, innert kürzester Frist einen Statutenentwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Bereits am 13. Juni konnte dieser Entwurf durchberaten und nach einigen kleinen Änderungen zur Genehmigung an der eigentlichen Gründungsversammlung vom 30. Juni 1885 verabschiedet werden.

Erster Mitgliederbeitrag  
Eintrittsgeld: 50 Rappen  
Unterhaltsbeitrag: Fr. 2.- pro Jahr

1891 erfolgte in Basel bereits der Zusammenschluss in den **Verband Schweizerischer Post-, Telegraphen- und Zollangestellter**. Die Jubiläumsfeier «10 Jahre Sektion Bern des Verbandes Schweiz. Post-, Tele-

Am 30. April 1899 wurde die erste Sterbekasse der Sektion gegründet. Bei jedem Sterbefall wurde pro Mitglied Fr. 1.- eingezogen. Als Grundstock diente der bereits vorhandene Sterbekassenfonds.

Die 20-Jahrfeier der Sektion, verbunden mit einer Fahnenweihe, fand am 23. September 1905 statt.

Hof der früheren Hauptpost Bern neben dem Bahnhof mit Pferdepostwagen und -fourgons (um 1895).

graphen- und Zollangestellter» fand am 30. Juni 1895 statt. Ein Antrag der Postbeamten, sich versuchsweise unserem Verein anzuschliessen, wurde zurückgestellt.

An der Jahrhundertwende zählte man 210 Mitglieder. Mit der Gründung des **«Föderativverbandes»** im gleichen Jahr fand ein engerer Zusammenschluss des Eisenbahn- und Postpersonals statt. Die Sektion Bern trat sofort bei.



**1891**

**1899**

**1905**





**1910** Anlässlich der 25-Jahrfeier wurden die sieben damals noch lebenden Gründungsmitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt.

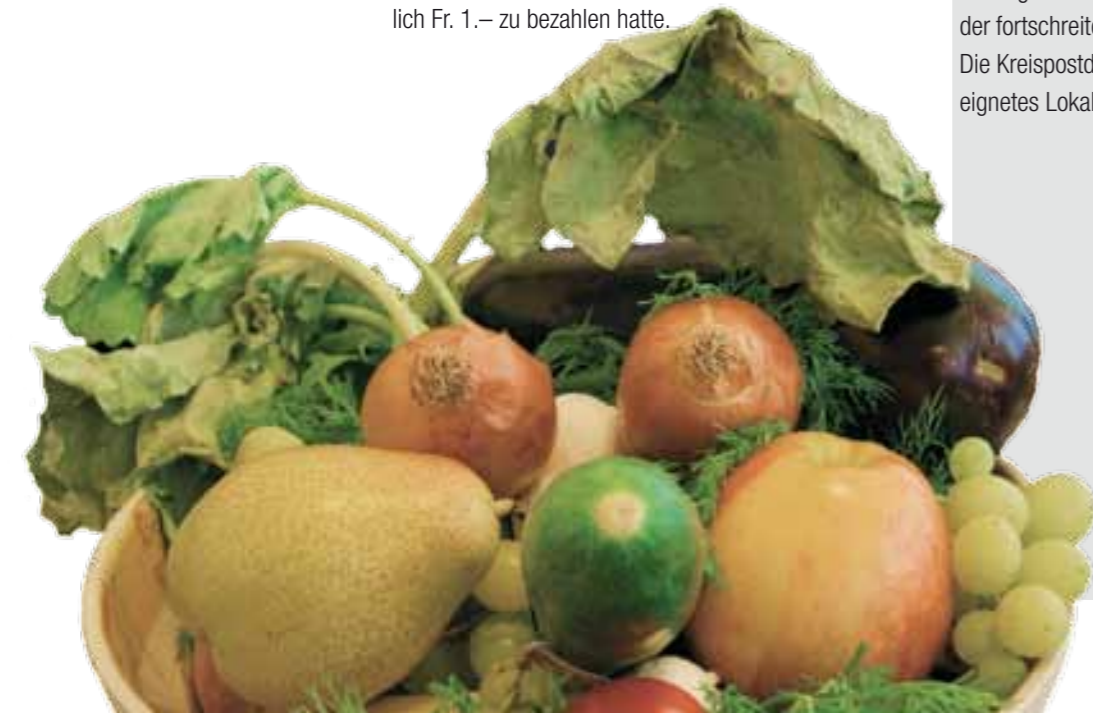
An der Versammlung wurde scharfe Kritik an den Eisenbahnern erhoben, die in Fach- und Tageszeitungen die Besoldungsfragen der PTT-Angestellten angefochten hatten.

Die Sektion schlug der Verbandsleitung vor, mit der Oberbehörde Gespräche über einen Fonds für eine Alters-, Witwen- und Waisenkasse aufzunehmen. Vorgehen war, dass jeder Beamte und Angestellte monatlich Fr. 1.– zu bezahlen hatte.

Gemäss Vorstandsbeschluss sollte eine Kommission versuchen, einen «Cigarrenhandel» in den Diensträumen einzuführen. Der zu erwartende Reingewinn sollte der Unterstützungs- und Sterbekasse zufließen.

Das Geschäft lief zu Beginn wie geschmiert. Bereits ab 1913 konnte das Sterbegeld auf Fr. 200.– erhöht werden. Erst 1938 wurde der Verkauf der Raucherwaren eingestellt! Warum ist nicht mehr rekonstruierbar – egal, Hauptsache: Schlussstrich gezogen!

Im Jahre 1912 gründete man als Selbsthilfemassnahme sogar eine eigene Einkaufsgenossenschaft, um so der fortschreitenden Teuerung etwas Einhalt zu bieten. Die Kreispostdirektion stellte für diesen Zweck ein geeignetes Lokal zur Verfügung.



Als erstes sistierte der Bundesrat die fälligen Lohnverbesserungen auf den Jahreswechsel 1914/15. Besonders für das Personal der unteren Kategorien war das ein harter Schlag.

Dazu erfolgte ein Lohnabzug von 1% für die Schaffung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse des eidgenössischen Personals. Der Bundesrat versprach, eine Einlage zu leisten. 1917 wies der Fonds zur Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse bereits ein Kapital von Fr. 13'188'148.31 aus, notabene ohne die Einlage des Bundes!

Das Oltener Aktionskomitee und der Föderativverband hatten eine grosse Aktion für Nachteuerungszulagen eingeleitet und drohten im Verweigerungsfall mit einer Gesamtarbeitsniederlegung. Die Teuerung hatte 90 % erreicht!

Unsere Sektion stellte zuhanden des Föderativverbandes Antrag auf

- die Nachzahlung der 1915 sistierten Lohnerhöhung von Fr. 300.–
- eine Kriegshilfe von Fr. 60.–
- eine Kinderzulage von Fr. 10.– pro Monat
- eine Brotzusatzkarte für das Postpersonal
- Beitritt zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund

Das nicht Militärdienst leistende Bundespersonal, einschliesslich das Postpersonal, hatte im Gegensatz zum Eisenbahnpersonal die doppelte Militärsteuer zu bezahlen. Ein Vorgehen, welches in den unteren Personalkategorien überhaupt nicht verstanden wurde und zu heftigen Protesten führte.

Die unhaltbar gewordene Lage der Arbeiterschaft in der Schweiz musste ganz einfach zum Generalstreik führen. Gemäss Bundesratsbeschluss musste die Verwaltung vom Gehalt zwei Streiktage in Abzug bringen, was jedoch jeder Kollege mit Stolz auf sich nahm.

Die politische und wirtschaftliche Willkür sowie das soziale Elend, welches nach Ende des ersten Weltkrieges auch in der Schweiz herrschte, werden an Hand solcher Beispiele greifbar und sind auch für die heutige Generation von nicht zu unterschätzender historischer Bedeutung.

**Erster Weltkrieg  
1914 bis 1918**

**1918  
Generalstreik**

### 1919 bis 1939

1919 bis 1939 spaltete sich die Sektion Bern, weil ein grosser Teil der Mitglieder, denen die neue politische Ausrichtung nicht gefiel, den Austritt gab. Diese schlossen sich in einer neuen Sektion mit dem Namen «Neutrale Sektion Bern-Mittelland» zusammen. Der Jahresbeitrag musste deshalb auf Fr. 20.– erhöht werden.

Wer die Jahresberichte und Versammlungsprotokolle zwischen 1919 und 1939 einmal genauer anschaut, stellt rasch fest, dass in diesen widrigen Zeiten grosse Solidarität gegenüber den Arbeitslosen herrschte und in diesen 20 Jahren fast Fr. 6'000.– zur **Unterstützung von diversen Streiks** und zur **Linderung der Arbeitslosigkeit** gespendet wurden.

Stellvertretend dafür steht nach meinem Dafürhalten die Inschrift auf der ältesten noch vorhandenen Fahne aus dem Jahr 1930.



1933 beschloss die Hauptversammlung dem kantonalen Gewerkschaftsbund beizutreten.

### Zweiter Weltkrieg 1939 – 1945

- Die Löhne des Bundespersonals wurden um 13 % gekürzt!
- Das Arbeitsgesetz wurde ausser Kraft gesetzt!
- Die Arbeitszeit wurde ohne Lohnausgleich auf allgemein 9 Stunden festgesetzt.
- Ferien- und Ruhetage wurden nur noch nach Möglichkeit gewährt.
- Bereits pensionierte Kollegen konnten wieder bis zum 68. Altersjahr zur Arbeit verpflichtet werden.



Landbriefträger Gottfried Suter, Emmenmatt (um 1930).



Pferdepost Rüeggisberg - Hinterfultigen.



## Kampfwahlen

Aus verschiedenen Protokollen geht hervor, dass in der Vergangenheit mit heute unvorstellbarer Intensität um das Sektionspräsidium gekämpft wurde.

### Zwei Beispiele:

**1918** Die Unnachgiebigkeit der Behörden hatte zur Folge, dass auch das Postpersonal sich mehr und mehr links orientierte und sich eine Sozialdemokratische Organisation des Postpersonals unter Präsident Ernst Reinhard, Gymnasiallehrer, bildete.

An der Hauptversammlung im Januar 1918 wurde Ernst Reinhard als Sprengkandidat für das Amt als Sektionspräsident vorgeschlagen und auch gewählt, worauf der ganze bisherige Vorstand unter Protest den Grossratssaal verliess, was die Wahl eines vollständig neuen Vorstandes erforderte.

Der bisherige Vorstand liess die Statuten vom Untersuchungsrichter prüfen und die Wahl des neuen Sektionspräsidenten musste annulliert werden, weil gemäss Statuten die Wahl eines ausserhalb der Verwaltung stehenden Präsidenten gar nicht zulässig war. An der a.o. Hauptversammlung vom 17. März wurde der neu gewählte Vorstand, jedoch ohne Reinhard, bestätigt.

An der Hauptversammlung vom 8. April 1951 stellte Kollege Fehlmann sein Mandat als Vertreter der Sektion Bern-Post im Verbandsvorstand zur Verfügung. In einer geheimen Abstimmung über den Nachfolger unterlag der damalige Sektionspräsident, Hermann Stalder dem Kollegen Oswald Buchs mit 98 zu 82 Stimmen.

Darauf demissionierte Kollege Stalder als Sektionspräsident aus Protest gegen das ihm nicht gegebene Vertrauen. 7 Vorstandsmitglieder zeigten sich mit Stalder solidarisch und traten ebenfalls zurück.

Um eine sich abzeichnende Krise abzuwenden, wurde auf den 29. April eine a.o. HV einberufen. In Anwesenheit von **451 Mitgliedern** wurde Kollege Stalder wieder als Sektionspräsident und als Vertreter in den Verbandsvorstand gewählt, nachdem Buchs seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Die ebenfalls zurückgetretenen Vorstandsmitglieder erklärten sich nun bereit, wieder im Vorstand mitzuarbeiten und wurden ebenso gewählt.

An der Hauptversammlung 1952 demissionierte Kollege Stalder als Sektionspräsident und wurde durch Ernst Neuschwander (I) ersetzt. Da die Versammlung in einen Tumult ausartete, musste die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

**1951**

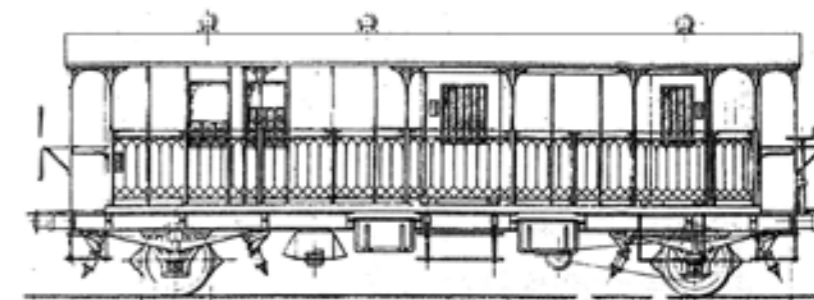




**1950** Aus dem «**Verband Schweizerischer Post-, Telefon- und Telegraphenangestellter**» entsteht die «**Union des Schweizerischen Post-, Telefon- und Telegrafpersonals**», kurz «**PTT-Union**».



**1960 - 1985** 1960 wurde die Sektion 75 und zählte 1'511 Mitglieder. 1985 weist der Jahresbericht den Bestand von 1'835 Mitgliedern aus und das 100-Jahr-Jubiläum wird gefeiert.



Im Herbst 1953 legte die Gruppe Bahnpost ein Trennungsgesuch vor, um eine eigene Sektion «**Bern-Bahnpostpersonal**» zu gründen. Dieses Gesuch, versehen mit einem Schreiben des Vorstandes, wurde allen Kategorien unterbreitet, fand jedoch wenig Anerkennung und wurde deutlich abgelehnt.

Erst an der Quartalsversammlung im Sommer 1958 wurde beschlossen, einer Gründung der Sektion «**Bern-Bahnpostpersonal**» nunmehr Hand zu bieten, nachdem die Gruppe Bahnpostamt auf jeglichen Anspruch an Sektions- und Stiftungsvermögen verzichtet hat. Auf ein Gesuch hin wurde dann doch eine freiwillige Spende von Fr. 1'000.– gesprochen.

**1958**  
**Gründung der Sektion Bern Bahnpostpersonal**



## Der Strukturwandel wirkt zerstörerisch

von Hanspeter Kühni, ehem. Präsident Sektion Bern Post (1964 - 1965)

Seit 1993 profitiere ich von einer frühzeitigen Pensionierungsaktion der Post, was mich dazu veranlasste, Europabummler zu werden.

Einige Gedanken zu Post und Gewerkschaft stimmen mich heute noch nachdenklich. Bereits damals fing man in den Chefstrukturen der Generaldirektion an, die massgeblichen Posten nicht mehr mit intern ausgebildeten Leuten zu besetzen. Nein, es mussten Manager mit Hochschulbildung aus St. Gallen mit einer liberalen marktwirtschaftlichen Ausbildung her.

Die alte Poststruktur musste zerschlagen werden, um die Privatisierung des Bundesbetriebes politisch umzusetzen. Diese war ein langjähriges Begehren des bürgerlichen Flügels im Parlament.

Nun, heute ist es soweit, dass der Service public und das Personal hinten anstehen, damit ein möglichst hoher Profit erwirtschaftet werden kann. Und auch der Umweltschutz ist kein Thema. Man fuhrwerk Briefe und Pakete auf der Strasse in weit entfernte Verteilzentren und dann wieder zurück in die Zustellgebiete. Hauptsache die finanzielle Endrechnung stimmt.

Einige Gedanken zur heutigen Gewerkschaft Kommunikation: Ich fühle mich, wie viele andere auch, nicht mehr zu Hause in diesem Gebilde. Ein Hauptgrund ist: Die politischen Themen der Sozialdemokraten, oder

anders gesagt, jene der Buezer, sind ins Hintertreffen geraten.

Insbesondere werde ich das Gefühl nicht los, dass wir bei den linken Parteien nur noch als Trittbrettfahrer registriert sind. Ein schönes Beispiel bei Wahlen sind die Wahllisten. Es sind keine Buezer darauf zu finden. Mit viel Glück hat unter all den Lehrern und Studierenden noch ein Gewerkschaftssekretär Platz.

Diese Tatsachen führen dazu, dass viele Arbeitnehmer aus einem gewissen Protestdenken heraus in die bürgerlichen oder sogar rechtsextremen Lager überlaufen.

## Verlorene Bodenhaftung

von Johann Schüpbach, ehem. Präsident Sektion Bern Post (1978 - 1989)

Im Jahr 1985 konnte die Sektion Bern-Post ihr 100-jähriges Bestehen feiern. Für interessierte Leser verweise ich auf die Sektions-Chronik von Werner Hachen.

Schon damals waren erste Anzeichen erkennbar, dass Multinationale Unternehmen anstrebten, weltweit über nationale Grenzen hinweg ihr Machtpotenzial auszuüben. In der Zwischenzeit haben wir hautnah erfahren müssen, wie Fusionen zu unserem Alltag wurden. Die Leidtragenden dieser Zusammenschlüsse sind immer die Arbeitnehmer.

Angeregt durch die multinationalen Verflechtungen haben in der Gewerkschaftsbewegung, sei es aus Zwang oder vielleicht aus Grössenwahnsinn, diese Zusammenschlüsse auch stattgefunden und finden immer noch statt. Damit ist leider für die Verbandspitzen die Nähe zum einzelnen Mitglied in eine unüberschaubare Ferne gerückt, ging die Bodenhaftung verloren.

Im Allgemeinen kümmern sich Spitzenfunktionäre lieber um die eigene Macht und Grösse, als um das Wohlergehen der Menschen und deren angeschlagene Umwelt.

Bereits im Herbst 1997 krachte die Börse fast zusammen. Das waren die ersten Vorläufer der jetzigen

weltweiten Wirtschaftskrise. Schon damals gab es in Wirtschaft und Politik Gruppen, die den Hals nicht voll kriegen konnten. Ihr Motto: «All zu viel ist nie genug». Des Menschen Instinkt ist es, dass er in allen Belangen nach oben schaut. Nie sagt er: «Es gibt Leute die weniger haben», sondern immer, «der Andere hat mehr».

Umweltbelastungen wie die Luftverschmutzung waren bereits Anfangs der 1990er Jahre ein Thema. Mit dem Ja an der Urne zu Bahn und Bus 2000 wurde für den öffentlichen Verkehr ein wichtiger Schritt getan. Als Alternative zum Strassenverkehr sollte mit der vorgesehenen Verdoppelung der Leistung des öffentlichen Verkehrs eine beachtliche Verbesserung der Umweltbilanz erreicht werden. Nur leider wollte und will der Einzelne nicht handeln, wenn es ihn direkt betrifft.

Wie bereits früher, begann in den Neunzigerjahren eine Völkerwanderung, die bis heute anhält. Flüchtlingsströme gibt es zu einem Teil aus wirtschaftlichen Gründen, zum anderen Teil wegen politischer Verfolgung.

Bis heute ist es politisch und wirtschaftlich nicht gelungen, diesem Exodus ein Ende zu setzen. Im Gegenteil es wird von allen Seiten ein Nährboden aus Missgunst und Hass geschürt, damit ja auf unserem Erdball kein Frieden gefunden werden kann.

PTT  
union

## Eine Zukunft auch für die einzelnen Menschen

von Franz Adam, ehem. Präsident Sektion Bern Bahnpostpersonal

Während meiner Präsidentschaft war die Hauptaufgabe, neben der Führung der Sektion, in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber möglichst gute Arbeitsbedingungen für den Arbeitnehmer herauszuholen.

Ab und zu konnte man auf diesem Wege wirklich etwas erreichen. Ich persönlich bin der Gewerkschaft dankbar für den Kampf zur Öffnung der Laufbahnen. Dadurch konnten gesamtschweizerisch einige Betriebsbeamte eine höhere Laufbahn einschlagen, ich selber auch. Später wurde dies schwieriger, ja, es galt zunehmend, Erreichtes/Erkämpftes erfolgreich zu verteidigen.

Mir persönlich war es immer ein Anliegen, möglichst nahe beim Arbeitnehmer an der Basis zu sein. So konnten Anliegen erkannt werden. Ausserdem kannte und vertraute man sich. Der Ansprechpartner war vor Ort.

Dann wurden die Sektionen leider aufgelöst und neu in grössere, überregionale Bereiche eingeteilt und es wurden unterschiedliche Post-Berufssparten gemischt. Das führte zu einer unheilvollen Anonymisierung des Gewerkschaftsapparates. Wer war jetzt zuständig? Wo konnte man seine Fragen stellen? Wo erhielt man Hilfe bei Problemen?

Wozu an einer Gewerkschaftsversammlung teilnehmen, wenn man doch die meisten Teilnehmenden nicht mehr kannte, auch den Vorstand nicht?

Klar brauchte es bei einer sich verändernden Post auch eine Anpassung der Verbandsstrukturen. Aber musste man dabei genau das tun, was man beim Arbeitgeber als schweren Fehler taxierte: Liberalisierung, Globalisierung, Wachstum um jeden Preis? Brauchte es wirklich vergrösserte Einheiten über die Post-Berufssparten hinweg? Hätten nicht aus den damaligen Sektionen rekrutierte Delegierte in einem übergeordneten Gremium mehr gebracht, sprich Struktur erhalten und Schulterschluss gewährleistet?

Beispiel: Präsidien Schweizerischer Bahnpost- und Versanddienst mit dem Schweizerischen Posthalterverband usw.? Muss der Trend wider besseres Wissen weitergehen? Braucht es wirklich den Schulterschluss zwischen unterschiedlichen Verbänden? Ja, aber nicht nur:

«Ja», weil eine grosse, übergeordnete Gewerkschaft in Verhandlungen mehr Schlagkraft hat.

«Nicht nur», weil der Einzelne darin verloren geht, das Interesse an der Gewerkschaft dadurch ebenso verloren geht wie auch die persönlichen Kontakte und weil der bisher noch Willige sich die Verantwortung nicht

mehr zutraut, einen Bereich zu führen, wenn dieser zu gross wird. Muss das so sein? Es wird in Kürze nicht mehr möglich sein, dass eine Person von der Basis die Verantwortung übernehmen kann für eine effiziente Gewerkschaftsarbeit, sondern es braucht ein Studium. Damit aber gehen sowohl das Basiswissen wie auch der Zusammenhalt in der Sektion/Berufssparte mit Sicherheit verloren.

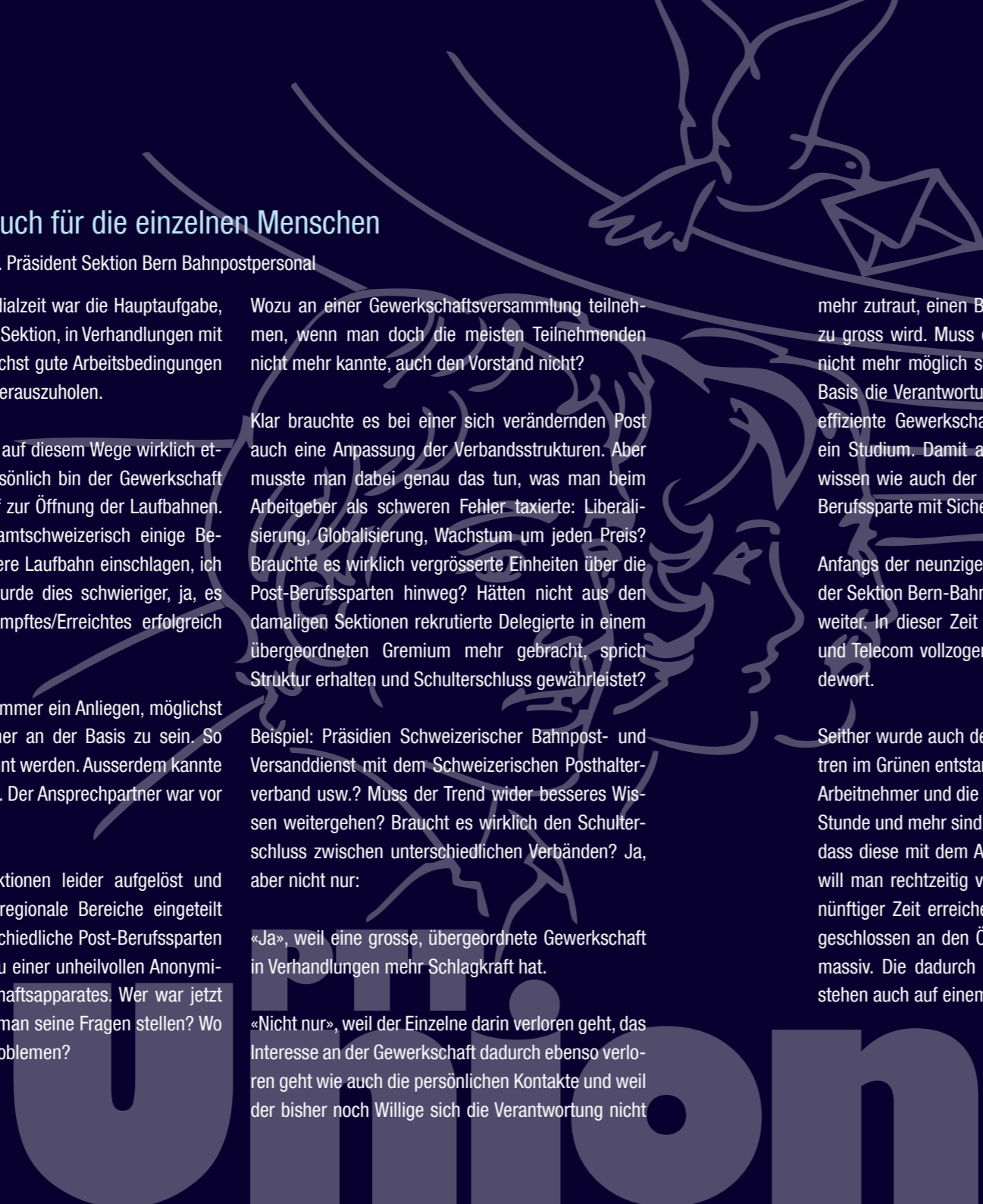
Anfangs der neunziger Jahre gab ich das Präsidium der Sektion Bern-Bahnpostpersonal an René Brägger weiter. In dieser Zeit wurde die Trennung von Post und Telecom vollzogen. «Change Post» war das Modewort.

Seither wurde auch der Betrieb globalisiert: Postzentren im Grünen entstanden mit Konsequenzen für die Arbeitnehmer und die Umwelt: Arbeitswege von einer Stunde und mehr sind keine Seltenheit. Dazu kommt, dass diese mit dem Auto bewältigt werden müssen, will man rechtzeitig vor Ort sein und diesen in vernünftiger Zeit erreichen. Die Zentren sind zwar angeschlossen an den ÖV, die Zeitverluste sind jedoch massiv. Die dadurch entstehenden Umweltschäden stehen auch auf einem andern Blatt.

Die Post nutzte die Situation auch zu einer schamlosen Sparrunde auf dem Buckel der ArbeitnehmerInnen aus: Wer in die neuen Zentren gewählt wurde, erhielt für dieselbe Arbeit nicht mehr denselben Lohn.

Die Jobs wurden umbenannt, die Leute um bis zu mehrere Gehaltsstufen tiefer angestellt. Der Sozialplan zur Schliessung der alten Zentren sah zwar auf den ersten Blick grosszügig aus. Das galt jedoch vor allem für diejenigen, die gleichzeitig in Rente gehen konnten. Wer weiter beschäftigt wurde in einem neuen Zentrum, hatte sich an die neuen Gegebenheiten zu halten in Bezug auf Lohn und Arbeitsweg wie oben beschrieben. Einige mussten auch über die Klinge springen.

Ich habe zu meiner Zeit die Gewerkschaft mitgeprägt. Heute stehe ich nach wie vor zur Gewerkschaft, wenn ich auch nicht immer mit allem einverstanden bin. Ich wünsche allen aktiven Mitgliedern und den FunktionärInnen viel Kraft und Mut, die Gewerkschaft in eine gute Zukunft zu führen, in der auch die Einzelperson ihren Stellenwert hat.





Aus dem Argumentarium der Sektion für ein Referendum gegen die PTT-Reform.

1989 Der Schreibende wurde in diesem Jahr in den Sektionsvorstand gewählt. Die späten 1980er und den Anfang der 1990er Jahre waren bei der Schweizerischen Post von akutem Personalangel geprägt.

Die Post zahlte kaum mehr konkurrenzfähige Löhne und stellte zur Überbrückung der größten Auswüchse Kreti und Pleti mit Ausbildung «on the Job» ein. Eine Massnahme, die sich längst nicht in allen Fällen, und schon gar nicht als der Weisheit letzter Schluss herausstellen sollte.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Post als Arbeitgeberin und den Gewerkschaften spielten sich noch



in einem überschaubaren Mass und weitestgehend gesittet ab, obwohl Change Post, OFS, Briefpost 2000, oder SOP im Zustelldienst erste Projekte in einer langen Reihe von Umstrukturierungs- und Reorganisationsmassnahmen waren, die für erste rote Köpfe sorgten und entsprechende Spuren hinterliessen.

Unterschriftenbogen des gescheiterten Referendums gegen die PTT-Reform.

Der Nationalrat beschloss die PTT-Reform, was die Auflösung der PTT-Betriebe und deren Aufteilung in «Die Schweizerische Post» und die «Swisscom» bedeutete. Der Ständerat schloss sich im Folgejahr dem Nationalrat an. Auflösung und Trennung sollten auf den 1. 1. 1998 erfolgen.

Die PTT-Union hatte es in den eigenen Händen, gegen die Zerschlagung der PTT-Betriebe das Referendum zu ergreifen. Weil die Telecomsektionen dem Lockruf des Geldes (14. Monatslohn) erlagen, wurde am 2. Mai an einer a.o. Delegiertenversammlung im Verhältnis von 2:1 entschieden, diesen Schritt zu unterlassen und sich dem Schicksal zu fügen. Dass die Swisscom wenige Tage nach der Bekanntgabe, einmalig einen 14. Monatslohn auszurichten, verkündete, gleichzeitig sei geplant, 6'000 Stellen abzubauen, ist eine ebenso unverrückbare Tatsache. Von dieser Geschichte dürfen aber andere, besser Berufene schreiben.

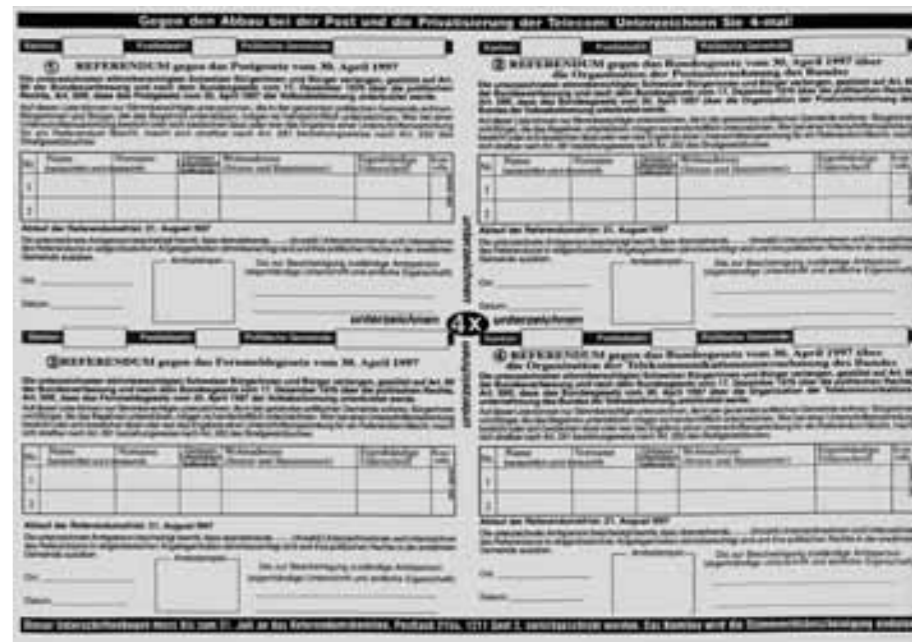
Ein Komitee, bestehend aus Linkspolitikern und GewerkschafterInnen (auch «Dissidenten» der PTT-Union), vornehmlich aus der Westschweiz, lancierte das Referendum trotzdem. Da allerdings gegen vier Gesetze Unterschriften gesammelt werden mussten und die Unterstützung nur partiell war, sah sich das Komitee trotz der tatkräftigen Mithilfe durch unsere Sektion nicht in der Lage, die notwendigen Unterschriften beizubringen. Das Referendum scheiterte.



1996 PTT-Reform

Wir zählten in dieser Auseinandersetzung zu den Verlieren. Im Rückblick betrachtet wäre aus Sicht des Autors ein erfolgreiches Referendum die einzig sinnvolle Massnahme gewesen, welche die negativen Entwicklungen der nächsten Jahre nachhaltig hätte beeinflussen und behindern können.

1997





*Gewerkschaft Kommunikation  
Syndicat de la Communication  
Sindacato della Comunicazione  
Sindicat de la Comunicaziun*

### 1998 - 1999 Fusion zur Gewerkschaft Kommunikation

Nach der Zerschlagung der PTT-Betriebe und der Aufteilung in Post und Swisscom brachen die Auswirkungen dieser Liberalisierung mit geballter Wucht auf die damaligen PTT-Personalverbände ein. Deren Strukturen erweisen sich als kaum mehr brauchbar.

Obwohl die PTT-Betriebe bereits seit Beginn des Jahrzehnts ihre Strukturen laufend anpassten, unterliessen es die Personalverbände, dieser Entwicklung «rechtzeitig» eigene Schritte folgen zu lassen. So lehnte man beispielsweise am Kongress 1991 in Basel einen Berner Antrag noch wuchtig ab, welcher die Gründung einer Gesamtgewerkschaft des PTT-Personals verlangt hatte.

Bereits ein Jahr später wurde durch die Bildung des **«Kreisvorstand PTT-Union»** bestehend aus den Sektionen Bahnpostpersonal, Emmental, Oberaargau und Oberland, den neuen Gegebenheiten ein erstes Mal Rechnung getragen.

Im Mai 1994 folgte der nächste Schritt, indem der **«Kreisausschuss PTT-Vereinigung»** gegründet und die Zusammenarbeit mit dem Beamten- und Posthalterverband intensiviert wurde.

Um auf Sektionsebene weiterhin Handlungsfähig zu bleiben, wurden die Kräfte durch den Zusammenschluss mit der Sektion Bern Bahnpostpersonal unter den Namen **«Bern Postpersonal»** gebündelt.

Derselbe Schritt folgte auf den 1. April 1999, als mit den Ortssektionen des Beamten- und Posthalterverbandes fusioniert wurde. Vorausgegangen war diesem Zusammenschluss die Fusion der Dachorganisationen unter den Namen **«Gewerkschaft Kommunikation»**.

Die Sektion Bern Postpersonal zählte zu Beginn fast 3'000 Mitglieder.

Gleichzeitig wurden zur Unterstützung und Entlastung der Sektionen Regionalsekretariate in Bern, Lausanne und Zürich eingeführt. In den Folgejahren entstanden insgesamt 10 regionale Standorte.

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Postchef Jean Noel Rey, hielt mit Herrn Reto Braun eine bei der Post bis dato weitgehend unbekannte Managerkultur Einzug: Der Typ, der aus Amerika kam. Er hielt es etwa ein Jahr lang aus. Auf ihn folgte dann wieder ein SP-Mann in der Person von Ulrich Gygi.

Ruhe kehrte aber nicht mehr ein. Im Gegenteil. Unter seiner Leitung wurde jeder Stein umgedreht und manches so auf den Kopf gestellt, dass es nur eine Frage der Zeit sein konnte, bis auf gewerkschaftlicher Ebene andere Saiten aufgezogen – und wüste Lieder gesungen werden mussten – damit die Interessen der Búezerklasse nicht vollständig die Aare runter gespúlt wurden.

Die ersten Poststellen wurden geschlossen und die jährliche Personalzufriedenheitsumfrage (PeZu) wurde erstmals durchgeführt. Dabei öffnete sich ein «Wahrnehmungsraben»: An den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen Anlässen wird seither von Delegierten ein Alltagsbild des Postbetriebes beschrieben, welches in bisweilen krassem Gegensatz zu den Ergebnissen der PeZu-Umfrage steht.

Das Postpersonal sollte nun einem Gesamtarbeitsvertrag auf der Grundlage des neuen Bundespersonalgesetzes unterstellt werden. Die Abschaffung des Beamtenstatus für das Postpersonal bedeutete vor allem eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes. Die Inhalte des neuen Bundespersonalgesetzes wurden in der parlamentarischen Debatte zusehend verschlechtert.

Gegen diese Gesetzesvorlage wehrten sich die Gewerkschaften und Personalverbände des Bundespersonals schliesslich mit dem Referendum. Die Abstimmung Ende 2000 ging aber mit über 60 % Ja-Stimmen für das neue Gesetz kolossal nach hinten los.

Auf den 1. Januar 2002 trat der mit den Gewerkschaften ausgehandelte Gesamtarbeitsvertrag in Kraft, welcher immer noch gültig ist.

### 2000 Abschaffung des Beamtengesetzes





2001  
Schliessung der  
Wertzeichendruckerei



Das Jahr in dem die ersten Betriebsschliessungen auf dem Platz Bern bekannt gegeben wurden.

Als erste Betroffene wehrten sich die Mitarbeitenden der Wertzeichendruckerei, als die Post bekannt gab, ihre Briefmarken nicht mehr selber drucken zu wollen, sondern nur noch bei der Firma Helio Courvoisier in La Chaux-de-Fonds herstellen zu lassen.

Nach Jahrzehnten war dies am 8. Juni 2001 die erste Protestaktion für den Erhalt von Arbeitsplätzen respektive guten Abfederungsmassnahmen bei der Post, obwohl die Angestellten die notwendige Zeit für die Arbeitsunterbrechung auf ihre Kappe nahmen.

Verhindern liess sich die Schliessung der Druckerei nicht, aber immerhin konnte durchgesetzt werden, dass die Betroffenen gerade noch unter die so genannten Richtlinien 96-2000 fielen. Dies war der postalische Ur-Sozialplan, dessen qualitative Inhalte seither nicht mehr erreicht wurden.

Ironie des Schicksals: Die Briefmarkenproduktion findet seit bereits mehreren Jahren nicht mehr in der Schweiz statt.



Die nächste «Chilbi», die zu organisieren war, betraf die Schliessung des Paketzentrums in der Berner Schanzenpost. Die Post baute mit der Umsetzung des «Paketpostkonzeptes 2000» in Frauenfeld, Härkingen und Daillens modernste Verarbeitungszentren und schloss die bisherigen, was auch einen grossen Teil des bestehenden Personalkörpers «überflüssig» machte. Zudem zeigte sich die Post nicht mehr bereit, beim Sozialplan



dieselben Regelungen gelten zu lassen wie bei Schliessung der Wertzeichendruckerei.

Mittels Betriebsversammlung versuchten wir das betroffene Personal für eine Protestaktion zu gewinnen. Im Vorfeld der Aktion war alles andere als sicher, ob sie zu einem Erfolg führen würde. Nach entsprechendem Bearbeiten der Schlüsselpersonen war dies mit einer 100%-Beteiligung allerdings der perfekt gelungene Warnstreik.

2001 - 2002  
Schliessung des  
Paketzentrums Bern







Diese mehrstündige Arbeitsniederlegung im Sinne eines Warnstreikes – neben Bern beteiligten sich auch die Westschweizer und Tessiner KollegInnen – bewirkte, dass die Inhalte des Sozialplans nachgebessert wurden.

Weil der erste Gesamtarbeitsvertrag per Mitte 2001 abgeschlossen wurde, kam der «Ur-Sozialplan» hier nicht mehr zur Anwendung. Die gesamte Arbeitszeit verfiel zu Lasten des Betriebes, die Streikenden hatten keine weiteren Repressalien zu tragen. Das definitive Lichterlöschen im Paketzentrum Bern folgte per 31. Dezember 2002.



Parallel zu diesen beiden Schliessungen bastelte die Post unverdrossen weiter an ihren Abbauplänen im Poststellennetz. Projekte mit Namen wie «Optima» und «Typisierung» hatten zum Ziel, bis 1'600 Poststellen zu schliessen.

Für die Stadt Bern hätte dies den Abbau der Hälfte der Stadtfilialen bedeutet. Eine erste Petition mit über 125'000 Unterschriften zeigte, dass die Bevölkerung keinen derartigen Kahlschlag mittragen würde. Um diesen Abbau zu bekämpfen, startete man die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Postdienste für alle!»



Die Unterstützung für dieses Volksbegehren war erstaunlicherweise in den Grosstädten deutlich besser als in ländlichen Regionen, obwohl der Abbau gerade dort stattfindet.

Im Fall der Poststelle Bern 11 Lorraine (Bild oben r.) fruchteten allerdings alle Anstrengungen nichts. Diese Quartierpost wurde geschlossen.

Am 29. April konnten die Initiative bei der Bundeskanzlei mit 106'000 beglaubigten Unterschriften eingereicht werden.

**2002  
Initiative  
Postdienste für alle**





**2002** Als nach der Paketpost die Briefpost umgekrempelt wurde, zeigte sich bald, dass das Projekt REMA noch viel weitergehende Auswirkungen auf den Personalkörper haben würde.

**REMA**

Am 22. Oktober platze «die Bombe». Von den bis dato gut 8'500 in 18 Briefzentren beschäftigten Personen sollte mehr als die Hälfte die Stelle verlieren und die Anzahl Standorte auf drei zusammengestrichen werden: Zürich, Härkingen, Eclépens.

An diesem Nachmittag war eigentlich eine Protestversammlung wegen des drohenden Abbruchs in den Lohnverhandlungen vorgesehen. Auf Grund der Tagesaktualität wurde umdisponiert. Die Prioritäten hatten sich gewaltig verschoben. Die Protestversammlung begann um 15.00 Uhr auf der Parkterrasse vor dem Briefzentrum und wurde von gut 150 entschlossenen Betroffenen mitgetragen.

Hans Ueli Ruchti kommentierte dieses hirnrissige Vorhaben mit lauten und scharfen Worten. Die ausgezeichnete Medienpräsenz und die daraus resultierende Berichterstattung führte zum kleinlauten Zurückbuchstabieren der Konzernleitung Post.

Am 13. November schliesslich fand die nächste Betriebsversammlung zu REMA im Hotel Bern statt. Die Versammlung wurde in zwei inhaltlich identischen Blö-

cken geführt. Insgesamt nahmen rund 180 Personen teil. Christian Levrat und Giorgio Pardini informierten über den damals aktuellen Stand der Dinge und empfahlen den anwesenden Kolleginnen und Kollegen die schweizweit gleiche Vorgehensweise für solche Fälle:

**Sollte die Post das Projekt in dieser Form nicht zurückziehen, organisiere die Gewerkschaft Kommunikation einen ersten 24-stündigen (Warn)-Streik, um den Druck weiter auszubauen. Diese Aktion würde Anfang Dezember durchgeführt.**

Nach knapp einer Dreiviertelstunde, Info und Diskussion inklusive, entschieden sich beide Betriebsversammlungen einstimmig und ohne Enthaltungen, bei einer unveränderten Ausgangslage nach dem 26. November 2002 diesen Streik durchzuführen.

Am 25. November rangen sich Konzernleitung und Verwaltungsrat Post zu einem «Scheinrückzug» durch. Die Branchenkonferenz Post am nächsten Tag entschied dann auf Grund dieser «Tatsache», vorerst auf Streikaktionen zu verzichten.

Bis am 6. Dezember glaubten wir, richtig entschieden zu haben. Dann schrillten die Alarmglocken aber erneut jäh auf, als ein unsägliches, ja unverantwortliches Interview von Herrn Menth (Verwaltungsratspräsident Post) in der NZZ abgedruckt wurde. Zitat: «Im Vordergrund stand für den Verwaltungsrat beim Einlenken klar die Absicht,

wilde Streiks des Postpersonals vor Weihnachten zu verhindern.» Und weiter «... die Dreierlösung bleibt der Masstab und die erstrebenswerte Referenzgrösse.» Diese Aussagen waren Brandstiftung!

Das neu entfachte Feuer konnte durch die Intervention von Herrn Gygi gerade noch einigermaßen unter Kontrolle gebracht werden. Er hielt sich schlussendlich an die Vereinbarung vom 25. November.





**2003** Anfang 2003 wurden die Sozialplanverhandlungen aufgenommen, welche harzig und auf völlig ungenügendem Niveau verliefen. Damit auch die Anliegen des betroffenen Personals einigermaßen anständig Berücksichtigung fanden, war es unerlässlich, die Post aus dem Busch zu klopfen. Das ging nur mittels Warnstreikaktion.



Um das Personal des Briefzentrums Bern für die gewerkschaftliche Sicht der Dinge zu gewinnen, wurde eine dreigeteilte Betriebsversammlung durchgeführt (für jede Dienstschicht ein Anlass), welche von 108 Personen besucht wurde. Das war rund 1/8 des in Frage kommenden Personalkörpers. Die überwiegende Mehrheit (zwei Gegenstimmen) sprach sich für die Durchführung eines Warnstreiks aus.

Die Unsicherheit, ob diese Übung gelingen würde, war einmal mehr gross. Umso erfreulicher war, dass sich schliesslich am 15. April die Belegschaft der Tagschicht ebenfalls geschlossen hinter die Aktion stellte. Dies führte dazu, dass in Bern einiges Sendungsvolumen nicht termingerecht verarbeitet – und folgerichtig nicht rechtzeitig zugestellt werden konnte.

Folge für die Streikenden:

- Ihnen wurden 2 Streikstunden vom Lohn abgezogen!
- Für Sie konnte der bisher beste Sozialplan nach Einführung des GAV Post durchgesetzt werden!
- Die Anzahl Verarbeitungszentren wurde dank regionalpolitisch starkem Druck um 6 Standorte erweitert: Basel, Bern-Ostermundigen, Cadenazzo, Genf, Gossau, Luzern!



Das Jahr begann mit einem Paukenschlag, als die Post die Kündigung des GAV auf Mitte Jahr in Aussicht stellte. Am 27. Februar führten wir in Bern eine erste Protestaktion durch, welcher im Frühling eine Sensibilisierungskampagne quer durch unser Sektionsgebiet folgte.

Auf den 8. August wurden die Bahnposten aufgehoben. 268 Bahnpostler wurden grösstenteils in den Innendienst versetzt. Wir haben dieses «Ereignis» auf besondere Weise - mit einem eigenen Zug – begleitet. Um 04.30 Uhr fuhren wir im eigens dafür angehängten Speisewagen nach Olten und auf dieselbe Art von dort zurück nach Bern, wo um 06.30 Uhr in der Bahnhofhalle eine letzte Protestaktion gegen diesen ökologisch völlig stossenden Entscheid der Postspitze stattfand. Symbolisch wurde dem Vertreter von PostMail eine Urne samt Bahnpostwagen überreicht.

In unserem Auftrag entstand ausserdem ein halbstündiger Dokumentarfilm über die letzte Bahnpost. Das bei der Aktion entstandene Werk der Filmemacherin Verena Endtner trägt den Titel «Auf verlorenem Posten» und kann über die Sektion bezogen werden.

Die Auswirkungen auf das Personal wurden einmal mehr mit einem Sozialplan «gemildert». Fakt ist, dass es Leute gibt, die innerhalb kürzester Zeit in den «Genuss» von 3 Sozialplänen kamen (Schliessung Paketzentrum, Aufhebung der Bahnposten, REMA).

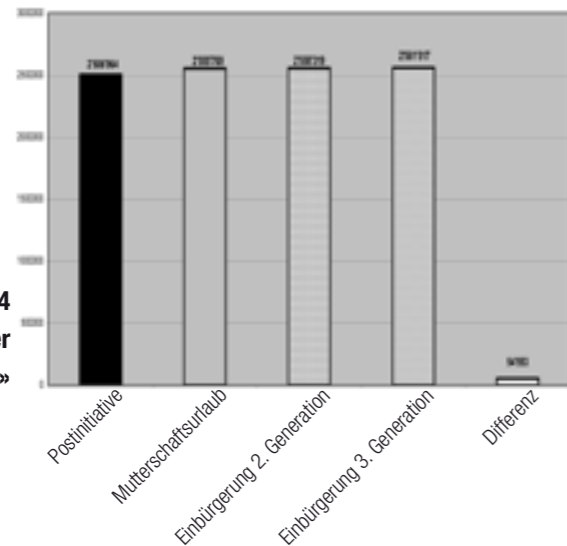


**2004**





**2004  
Abstimmung über  
«Post für alle!»**



Am 26. September hatte der Souverän das letzte Wort zur Initiative «Postdienste für alle». Die Ansichten über Sieg oder Niederlage gingen in dieser Frage naturgemäss nicht erst am Abstimmungstag weit auseinander.

Initiativen haben es immer sehr schwer und sind fast nicht durchzubringen. Dass es auch mit dieser Vorlage nicht geklappt hat, ist also kein Wunder. Dass es aber so knapp ausgehen würde, war schliesslich nur noch ärgerlich.

Beim Volksmehr unterlagen wir mit 50,2% zu 49,8% («vielen Dank» an die Landbevölkerung vor allem in den Kantonen Bern und Zürich. Hier wie dort lehnte die am meisten vom Abbau betroffene Bevölkerung in der Regel mit Zweidrittelsmehrheiten ab.

Beim Ständemehr schafften wir leider nur 9½ Kantone (in drei weiteren machte die Differenz jedoch nur wenige hundert Stimmen aus). Schade, denn wie sich in den darauf folgenden Wochen zeigte, interpretierte die Post



das Abstimmungsergebnis ihrerseits als Freipass für weitere Abbauprojekte und gab entsprechend Vollgas.

Andererseits mussten wir auch zur Kenntnis nehmen, dass bei dieser Abstimmung von allen vier Vorlagen unsere am wenigsten Stimmen generieren konnte. Die fehlenden gut 54'000 Stimmen Unterschied zu der am stärksten bewegenden Vorlage (Einbürgerung 3. Generation) machten letztendlich beim Volksmehr den entscheidenden Faktor aus.

Bemerkungen zu den Diagrammen: Von allen 4 Abstimmungsvorlagen erhielt die «Post-Initiative» in 25 von 26 Kantonen insgesamt am wenigsten Stimmen.



Als vierte grössere Übung war 2004 das Projekt REPOT zu begleiten, als der Postsachentransport einer ersten Reorganisation ausgesetzt wurde. Grund war aus postalischer Sicht, dass man nicht mehr in der Lage war, die Tagesspitzen und den Transport der Wechselbehälter selbstständig zu besorgen. Aus gewerkschaftlicher Sicht ging es aber vor allem darum, den ständigen Auslagerungen von postalischen Grundversorgungsangeboten in AG's, mit entsprechend schlechteren Anstellungsbedingungen für das betroffene Personal, den Riegel zu schieben.

Einmal mehr war ohne entsprechende Protestaktion kein vernünftiges Verhandlungsergebnis zu holen. Buchstäblich in einer Nacht- und Nebelaktion blockierte die Gewerkschaft Kommunikation im November die drei Paketzentren und das Briefzentrum in Bellinzona. Bern war diesmal nicht betroffen. Wir beteiligten uns an der Blockade des Paketzentrums in Frauenfeld.

Die Blockade dauerte bis in die frühen Morgenstunden. Jederzeit war mit einer polizeilichen Räumung des Geländes zu rechnen. Schliesslich konnte mit dieser Aktion durchgesetzt werden, dass ein Gesamtarbeitsvertrag für Konzerngesellschaften geschaffen wurde, welcher sich punkto Arbeitsbedingungen primär im Bereich Kündigungsschutz und den Resultaten der jährlichen Lohnverhandlungen vom GAV Post unterscheidet, sonst aber inhaltlich mehr oder weniger gleichwertig geblieben ist!

**2004  
Projekt REPOT**





**2005** 2005 folgte die Auslagerung des Bereichs Expresspost in die Expresspost AG. Weil das Kuriergeschäft nicht zum Grundversorgungsangebot an postalischen Dienstleistungen gehört, konnte dem Personal ein GAV vorgeschrieben werden, welcher sich inhaltlich drastisch vom bisherigen Vertragswerk unterschied.

Später folgte die Überführung in die PostLogisticsAG und unter den gleichnamigen GAV, was die Sache für die Betroffenen abermals nicht besser machte. Ende 2009 wurde dann entschieden, die Auslagerung wieder rückgängig zu machen. Das Personal der Expresspost wurde während rund fünf Jahren als Spielball für Managementspiele missbraucht. Ausbaden müssen die Suppe aber nicht die verantwortlichen Zauberlehrlinge sondern – wie immer – die Búezer.

Als sich die Postspitze einmal mehr als Wasserprediger und Weintrinker aufführte, sich ein weiterer postalischer Rekordgewinn abzeichnete und die Lohnverhandlungen für 2006 alles andere als zufriedenstellend verliefen, führte die Gewerkschaft Kommunikation am 12. November in Bern eine eigene Kundgebung für «Jetzt mehr Lohn!» durch. Über 3'000 Personen nahmen an dieser Protestaktion auf dem Waisenhausplatz teil.



2006 war das Jahr der Massenveranstaltungen. An zwei Samstagen wurden hunderte von Personen aus der ganzen Schweiz nach Sempach gefahren, um an nationalen Arbeitstagen wichtige Entscheide für ihren Bereich zu fällen.

So wurde zum Beispiel das Arbeitszeitberechnungssystem SOP (Secklä ohni Pouse) im Zustelldienst der Briefpost im nahe gelegenen See «versenkt» und der Einführung von Move-It zugestimmt, um von Zuständen wie den unten abgebildeten wegzukommen! Mit Move-It wird sichergestellt, dass die erfasste Arbeitszeit dem Zustellpersonal effektiv auch angerechnet wird.



**2006**





Am 23. September wurde abermals – diesmal unter der Regie des Gewerkschaftsbundes eine Lohndemo in Bern durchgeführt an der rund 25'000 Personen teilnahmen.

Der Abbau im Poststellennetz unter dem Titel YMAGO wurde unaufhaltsam vorangetrieben. Gleichzeitig begann man die Einreichungen der PoststellenleiterInnen zu überprüfen. Folge: Auch für das Personal von Poststellen & Verkauf wurde eine Tagung durchgeführt, welche schliesslich am 5. November gut 800 Personen in die Festhalle nach Bern bewegte (Bild oben).

Die Postmarktliberalisierung war Ende November auch Thema am Kongress der Gewerkschaft Kommunikation im Berner Kursaal.



2007 protestierten Pöstler aus ganz Europa gegen die Auswüchse der Postmarktliberalisierung. In Deutschland und Holland zahlten damals Tochterfirmen der nationalen Postgesellschaften Stundenlöhne von 3 Euro. Bei einem Wechselkurs von Fr. 1.50 möge sich jede und jeder selbst ausrechnen, ob man damit hierzulande etwas ausrichten kann.

In den nächsten Monaten konnte in Deutschland ein minimaler Stundenlohn von rund 9 Euro ausgehandelt werden, den aber Gerichte in der Zwischenzeit als unzulässig – weil zu hoch – erklärt haben. Dieser Teufelskreis wirkt sich zunehmend auch auf die Löhne des Zustellpersonals in der Schweiz aus. Die letzte Runde ist mit Sicherheit noch nicht gespielt.

Die Parlamentswahlen «beschernten» uns im Oktober einen Rechtsrutsch. Trotzdem gelang es den Bundesrat umzukrempeln, indem Herr Blocher und seine Silvia abgewählt wurden. Diesem Anlass haben Res Keller und der Schreibende mit einem eigens dafür gefertigten Transparent beigewohnt. Seither ist das Ding übrigens spurlos verschwunden!







**2008** 2008 führte uns die stetige Aushöhlung der Arbeitsbedingungen einmal mehr auf die Strasse. Die Demo fand in Strassburg (F) statt und richtete sich gegen die drohende Verschlechterung in der Arbeitszeitgesetzgebung der EU. Wie sich dieser Tage herausstellt, haben wir völlig zu Recht an dieser Demo teilgenommen.

In der Schweiz stand die Revision der Arbeits- und Ruhezeitverordnung auf der Traktandenliste. Sie sollte dem Transportgewerbe eine maximale Höchstarbeitszeit von 60 Stunden pro Woche bescheren.

Dass in der EU Verstösse gegen dieses Gesetz die Transportunternehmer und nicht die Chauffeure zu bezahlen haben, sollte hierzulande allerdings nicht in das Gesetz einfließen. Dieser Schwarzpeter bleibt vorerst beim jeweiligen Wagenführer.

Die Lohnrunde für 2009 brachte uns den höchsten Abschluss seit 15 Jahren. Einerseits wegen des hohen Gewinnes der Post, andererseits wegen der auf Rekordhöhe gestiegenen Teuerung. (Siehe auch Seite 53.)

Daneben ging es schweinisch zu und her. Die Finanzkrise erwischte die UBS auf dem linken Fuss. Der Bund musste insgesamt **68 Milliarden Franken** zur Rettung dieser «Bude» aufwerfen. Wir beteiligten uns an einer spontanen Demo vor der UBS in Bern am 21. Oktober 2008.

Betrüblich war, dass diese Kapitalspritze für die UBS die Stimmberechtigten Ende November nicht dazu bewog auch etwas für sich selbst zu tun. Eine deutliche Mehrheit lehnte die Volksinitiative der Gewerkschaften für einen flexiblen Altersrücktritt ab 62 dem Altersjahr ab.



7. März: Schliessung. Wir begleiteten die Betriebschliessung des Briefzentrums (BZ) Bern mit einem grossen Fest. Motto: «Yes we can!» Der Event übertraf alle Erwartungen und war auf Sektionsebene mit 300 Teilnehmenden der mit Abstand am besten besuchte Gewerkschaftsanlass der letzten 15 Jahren.

Ausschlaggebende Gründe für die Durchführung dieses Festes waren, dass

- ein Grossteil des Personals in der Produktion des BZ Bern in den vergangenen 6 Jahren massgeblich dazu beigetragen hat, dass die Auswirkungen, welche ein solches Reorganisationsprojekt verursacht, nicht allein auf den Buckeln des betroffenen Personals ausgetragen werden.
- ein massgeblicher Teil des gesamtschweizerischen gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Auswüchse dieses Projektes von Bern ausgegangen ist.
- wir damit erreichen wollten, dass die Konzernleitung Post nicht einfach ein geschöntes Bild ihrer Sicht der Dinge zum Besten geben kann, indem nur noch vom Blick nach vorn die Rede ist, weil sich Rückblicke nicht mehr lohnen würden. Ein Rückblick auf die Art und Weise der Umsetzung ist aber unerlässlich, um REMA aus Sicht des betroffenen Personals zu verstehen. Wir bekommen beim Blick auf die Kehrseite der Medaille kein schlechtes Gewissen. Andere scheinen da, was nachvollziehbar ist, mehr Mühe zu haben.

Für den Rest wird gelegentlich die Abrissbirne sorgen. Wenn alle Einsprachen abgehandelt sind, ist ein Neubau geplant, in den einmal die Generaldirektion der Post einziehen soll.

**2009**  
**Schliessung**  
**Briefzentrum Bern**





**2009 - 2010  
Volksinitiative «Für  
eine starke Post»**

Die Post hat den Kahlschlag im Poststellennetz mit diversen Projekten «unaufhaltsam» vorangetrieben. Folge: Damit die flächendeckende Grundversorgung mit postalischen Dienstleistungen weiterhin gewährleistet bleibt, startete die Gewerkschaft Kommunikation 2009 zuerst eine Petition (Sammelergebnis über 160'000 Unterschriften), um damit ein Abbau-Moratorium zu erreichen.

Gewerkschaftspräsident Alain Carrupt übergibt am 13. Juni 2009 den Herren Beglé und Kunz die mehr als 160'000 Unterschriften der Petition gegen das «Poststellensterben». Weil Petitionen bekanntlich den Empfänger der «frohen Botschaft» zu nichts verpflichten, hatten wir eine gute Nase, das Begehren in eine Volksinitiative aufzunehmen. Die Post war wie erwartet zu keinem Abbau-Moratorium bereit. Ziel der Initiative ist, nebst dem Erhalt des Poststellennetzes, soviel Druck auf die Politik auszuüben, dass bei den anstehenden Gesetzesrevisionen nicht auch noch die Anstellungsbedingungen des Personals komplett aufgeweicht werden.

Beim Schreiben dieser Zeilen ist die Unterschriftensammlung voll im Gang. Im Mai 2010 wird sich der Nationalrat mit der Revision der Postgesetzgebung befassen.

Die von der Post im Sommer 2009 veröffentlichte Umfrage bei der Schweizer Bevölkerung machte deutlich,

dass wir uns punkto Anstellungsbedingungen nichts vormachen sollten. Es ist Herrn und Frau Schweizer im Grunde genommen völlig egal, zu welchen Bedingungen das Postpersonal angestellt ist. Umso wichtiger ist es deshalb, dass die Initiative auf den Beginn der Gesetzesdebatte im Nationalrat eingereicht werden kann.

Der ordentliche Kongress vom 30. November/1. Dezember 2009 befasste sich schwergewichtig mit der auf 2011 vorgesehenen Fusion mit der Gewerkschaft Comedia (Medien, Druckindustrie, Verpackung und Buchhandel).

Wir haben uns intensiv mit diesem Zusammenschluss auseinandergesetzt. Die Meinungen im Vorstand sind geteilt. Die weitere Umsetzung des Projektes wird aber sicher noch manchen Stolperstein enthalten.



Gewerkschaftspräsident Alain Carrupt übergibt den Herren Beglé und Kunz die mehr als 160'000 Unterschriften der Petition gegen das «Poststellensterben».



## Solidarität steht weiterhin im Vordergrund

von Beat Stettler, ehem. Präsident Sektion Bern Bahnpostpersonal (1997 - 1999)

Schauen wir auf der Zeitachse zurück und ziehen Bilanz, was die Gewerkschaftsbewegung und auch die Sektion Bern Postpersonal in den letzten 125 Jahren geleistet und erreicht haben, kommt da Einiges zusammen.

Ich will hier keinen historischen Rückblick machen. Dafür gibt es genügend gute Literatur, welche die Geschichte der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung um vieles besser wiedergibt.

Trotzdem: 125 Jahre sind ein stolzes Alter und eine enorm lange Zeit. Ich bin nun etwas mehr als 20 Jahre Mitglied dieser Gewerkschaft. Nach der Fusion zwischen den Sektionen Bern-Post und Bern Bahnpostpersonal (deren Präsident ich war), war ich auch weiterhin im Vorstand der Jubiläumssektion tätig.

Denn bereits während meiner Ausbildung bei der Post war es mir bewusst, dass ich alleine auf verlorenem Posten stehe, wenn es um die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der Rechte von uns ArbeitnehmerInnen geht. So war es für mich von Anfang an klar, dass ich mich bei der Gewerkschaft «einschreibe» und Mitglied werde. Das ist für mich Solidarität.

Solidarität unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das wirkungsvollste Mittel, um unseren Anliegen nicht nur Gehör zu verschaffen, sondern diese auch

durchzusetzen. Die Solidarität ist für mich der rote Faden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Leider habe ich sie nicht immer in dem Ausmass erlebt, wie es nötig gewesen wäre.

Mitte der 1990er Jahre fing bekanntlich der grosse Umbruch der PTT an. Ich kann mich noch gut an «Change Post» und die unzähligen Nachfolgeprojekte erinnern. Die Post gab sich schier von heute auf morgen eine neue Konzernphilosophie. Dabei ist den Urhebern dieses Umbruchs vor allem ein grober Fehler unterlaufen: Sie haben vergessen, das Personal mitzunehmen.

Was nützt eine neue Strategie, wenn Sie vom Personalkörper nicht verstanden wird. Dadurch herrschte eine grosse Verunsicherung. Denn die Post hatte schlicht keine Strategie, was die Personalentwicklung betraf. Wenn jemand eine Laufbahn in einem der verschiedenen Monopolberufe eingeschlagen hatte, blieb diese Person der PTT fast immer ein Berufsleben lang treu. Entsprechend hatte die Post nur wenig in die persönliche und berufliche Entwicklung des Personals investiert.

Dieser Umstand stellte für mich gewerkschaftspolitisch, die grösste Herausforderung dar. Denn über Nacht – und das meine ich mit der neuen Philosophie – verlangte die Post von ihrem Personal, dass es «ar-

beitsmarktfähig» sein müsse. Die Gewerkschaft war diesbezüglich besonders gefordert.

Genau hier habe ich eben auch die Solidarität unter den Kolleginnen und Kollegen teilweise vermisst. Denn als wir auf diese Missstände aufmerksam machten, unsere Forderungen stipulierten und anfragen zu mobilisieren, waren viele nicht bereit, mitzumachen. Dieser Umstand erschwerte unsere Tätigkeit unnötig. Es wäre ja so einfach...

Die Gewerkschaft Kommunikation steckte damals noch in den Kinderschuhen und es kam leider mehr als einmal vor, dass wir einen Schritt hinterher hinkten. Selbstkritisch müssen wir im Nachhinein feststellen, dass die Fusion der damaligen PTT-Verbände zur Gewerkschaft Kommunikation zwei Jahre zu spät in Angriff genommen worden war. Denn die Gewerkschaftsarbeit wurde schnell komplexer, zeitintensiver und war im herkömmlichen Rahmen kaum mehr zu bewältigen.

Bekanntlich kann man – ja muss man – aus den vergangenen Fehlern lernen. Ich bin überzeugt, die Gewerkschaft Kommunikation hat aus ihren Fehlern gelernt und die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

Die Dezentralisierung und die Schaffung von Profinstrukturen in den Regionen haben es ermöglicht,

dass wir den Anliegen unserer Mitglieder besser gerecht werden können.

Um uns herum verändert sich die Wirtschaft in so rasantem Tempo, dass es einem schwindlig werden könnte. Das hat unmittelbar zur Folge, dass sich die Rahmenbedingungen der Arbeitnehmenden immer öfters verändern. Diese Veränderungen bringen häufig auch Verschlechterungen mit sich.

Diesem Trend wirkungsvoll entgegenhalten können nur die Gewerkschaften. Sie sind in der Lage dazu und verfügen auch über die nötige Kraft. Dazu braucht es aber Mitglieder, viele Mitglieder. Auch das ist Solidarität. Die Gewerkschaft Kommunikation ist hier besonders gefordert. Wir müssen deshalb unsere Strategien stets von neuem hinterfragen. Unsere Aufgaben dürften in Zukunft nicht einfacher werden. Nachdem der letzte Kongress, die Weichen Richtung neue Gewerkschaft gestellt hat, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir diese Aufgaben im Sinne unserer Mitglieder bewältigen können.

Dabei steht für mich auch weiterhin die Solidarität im Vordergrund. Eine Vision für die neue Gewerkschaft brauchen wir nicht extra zu erfinden. Der Text der Internationalen enthält die Vision. Und die Internationale bringt es auf den Punkt, wohin unsere Reise gehen soll... in den nächsten 125 Jahren.

GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION



## Gewerkschaft aus meiner Sicht

von Paul Gränicher, ehem. Präsident Posthalterverband Sektion Bern Mittelland

Ich bin in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen. Mein Vater war beim Bau- und Holzarbeiterverband als Beitragskassier tätig. Es war somit logisch, dass ich bei der PTT auch der Gewerkschaft beitrug.

In den 1970er Jahren war ich unter Ernst Neuenchwander II im Vorstand der PTT-Union Sektion Bern Post mit der Werbung beauftragt.

Auch später, als ich eine Anschlusslehre als Assistent machte, war der VSPB noch keine Option. Dort waren nur Beamte willkommen. So dass ich bei der PTT-Union blieb. Erst als ich Posthalter wurde, wechselte ich in deren Verband.

Es ging nicht lange, hat man mich in den Vorstand berufen. In der Sektion Bern (Postkreis Bern) war ich Sekretär. Die Untersektion Bern Mittelland führte ich als Präsident bis zur Fusion mit der Gewerkschaft Kommunikation.

Nach meiner vorgezogenen Pensionierung im Jahr 2005 ging ich an die Versammlungen der Pensioniertenvereinigung. Als dort das Präsidium ein Jahr lang vakant blieb, habe ich mich entschlossen, dieses Amt zu übernehmen.

Gleichzeitig bin ich in der Sektion Bern Post Pensioniertenvertreter. Ich unterstütze dadurch auch Aktio-

nen der Gewerkschaft Kommunikation in der Region Bern.

Wie erwähnt, war ich eigentlich über Jahre in verschiedenen Verbänden und Gewerkschaften tätig. Leider ist es in der heutigen Zeit eher selten, dass sich ein Mitglied für die Gewerkschaft einsetzt. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Menschen wieder vermehrt für einander einsetzen würden.

## Perspektiven

von Christian Locher. Präsident ab HV 2010

Schon früh wurde ich vom Gewerkschaftsvirus gepackt. Von 1975 - 1983 war ich Mitglied im Sektionsvorstand der damaligen PTT-Union. Meine Haupttätigkeiten waren die Chargen Mitgliederwerbung, Sekretär und Redaktor des damaligen Sektionsmitteilungsblattes «Fundament».

Vorgängig war ich als Obmann der Gruppe Paket-, Kassen- und Expressboten sowie der Wagenführer im Postautodienst in Bern tätig und in dieser Zeit auch Präsident des Schweizerischen Berufsausschusses der Wagenführer und des Werkstättenpersonals.

1989 übernahm ich die Poststelle 3087 Niedermuhlen und wechselte in den Posthalterverband. Auch da war ich bis zur Fusion der Postgewerkschaften (1999) im Vorstand tätig.

2007 holte ich an der HV mein Jubiläumsgeschenk für 40 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft ab. Der ehemalige Parteikollege Ruedi Käsermann schlug mich als GPK-Präsident vor, was ich anschliessend für ein Jahr auch war.

In letzter Zeit war ich gewerkschaftlich auf dem Beobachterposten. Die Arbeitswelt und ebenso die Gewerkschaftswelt haben sich stark verändert. Es gibt Veränderungen und Tendenzen in den Arbeitsbedingungen, die nicht zur heutigen Zeit und nicht

zu einem fortschrittlichen Industrie- und Sozialstaat passen.

Vakanzen im Sektionsvorstand und die Anstellung von Adrian Flükiger zum Geschäftsführenden Sekretär führten zum Entschluss, das Präsidium ab der Hauptversammlung 2010 zu übernehmen. Ein tieferer Grund wurzelt darin, dass ich glaube, noch etwas bewegen zu müssen und zu können.

Beim Durchlesen der Sektions-Chronik 1885 - 1985 «100 Jahre Sektion Bern-Post der PTT-Union» sind mir einige Dinge aufgefallen:

Fand der erste gewerkschaftliche Zusammenschluss anfänglich eher auf kultureller Ebene statt, war man punkto gesellschaftspolitischer Weiterentwicklung –man lebte schliesslich in einer revolutionären Epoche – von Beginn weg sehr aktiv. Es findet sich sogar Pioniergeist, wie etwa bei der Gründung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse, die wir durchaus als Vorläufer unserer AHV und der Pensionskasse sehen können.

Weiter sticht ins Auge, dass von Beginn weg ein grosser Solidaritätsgeist bestand, namentlich auch mit der Arbeitnehmerschaft in der Privatwirtschaft. Ebenso war stets ein hohes Mass an Kampfgeist und Kampfbereitschaft für Fortschritt und soziale Gerech-

GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION



tigkeit vorhanden. Tausend von Franken flossen in Arbeitslosen- und Streikkassen.

Auszüge aus der Jubiläumschronik von 1985:

- Lese ich «*wo selbst für die kleinsten Logis mehr als ein Viertel der durchschnittlichen Besoldung eines Postbediensteten geopfert werden muss*», stellt sich unmittelbar die Frage, was hat sich verändert? Wir sind nicht viel weiter gekommen. Die Wohnungen sind immer noch teuer. Was läuft hier falsch?
- Lese ich als Dienstbezeichnung «*III. Klasse Angestellter*» kommen mir unweigerlich Gesichter und Diskussionen aus den Anfängen meiner Zeit bei den PTT-Betrieben in den Sinn. In der Gegenwart mögen die Job-Bezeichnungen etwas moderater daherkommen, dafür sind die Arbeitsbedingungen z.B. bei «PrestoPress» (Tochterfirma der Post) oder im Reinigungsdienst von «Infrapost» (ausgelagerter Bereich) auf dieses Niveau zurückgefahren worden. Das reinste Armutszeugnis.
- Rund Fr. 3'000.– Monatseinkommen reichen bei einem Vollzeitpensum (42 oder mehr Stunden pro Woche) wirklich nicht für ein komfortables Leben. Schon gar nicht, wenn davon über ein Viertel für eine Wohnung zu berappen ist.

- Wenn Angestellte nur wegen höherer Löhne und besserer Anstellungsbedingungen entlassen und durch Günstigere ersetzt werden, macht sich Angst breit. Der Stellenabbau im Logistikzentrum Bern im Frühjahr 2010 ist das beste Beispiel dafür.

Wo will ich, respektive wo müssen wir alle den Hebel ansetzen?

Wir schreiben das Jahr 2010. Wir sind mündig, arbeiten im selben «Club» und pflegen mit der Arbeitgeberin Post die viel gepriesene Sozialpartnerschaft. Wirklich?

Was heisst sozial (vom lat. socius, gemeinsam, verbunden, verbündet)? Das Wort umschreibt, nicht abschliessend, wechselseitige Bezüge als eine Grundbedingung des Zusammenlebens, insbesondere des Menschseins (des Menschen als soziales Wesen).

Was heisst Partnerschaft? Nach Duden: «*Die Partnerschaft ist, nicht abschliessend, eine spezielle Form der Beziehung die Teilhaber, Teilnehmer oder Mitspieler bedeutet und die sich an gemeinsamen Zielen und Aufgaben orientiert.*» So müssen wir z.B. Selbstbewusstsein, Gerechtigkeit und weitere Begriffe klären.

Für mich liegt es auf der Hand, dass sich ein Posthalter, der vor der nahenden Pensionierung und als Folge der Schliessung «seiner Poststelle» auf Fr. 700'000.–Schulden sitzen bleibt (was ungefähr das 10-fache seines Jahreseinkommens ist, oder in etwa das Gehalt des Konzernleiters Post), sich mit den obigen Begriffen etwas näher auseinandersetzt. Dabei war dieser Liegenschafts Kauf doch nur erfolgt, weil man für die Post seinerzeit das Lokal zu stellen hatte.

Er stellt sich die Frage, warum sich postalische Spitzenangestellte nicht ebenso stark an ihre Arbeitgeberin Post binden – und investieren müssen? Müssten sie es in Relation zu ihrem Einkommen tun? Wetten, dass einiges anders aussähe! Deshalb:

- Sofort aufhören mit überrissenen Managerlöhnen!
- Mindestlöhne: Ja, und zwar auf einem Niveau, das bei einem Vollzeitpensum auch ein anständiges Auskommen garantiert.
- Kündigungen wegen Lohndrückerei gehören mit allen Mitteln und entsprechender Ausdauer an den Pranger gestellt.

Das sind ein paar Punkte, mit denen ich aufzeigen will, dass wir als mündige Menschen aufwachen –

und den Kampfgeist wieder schärfen müssen, um das Schwert der Gerechtigkeit führen zu können.

Ich bin mir sicher, dass dies keine leeren Worte sind. Ich habe in jüngster Vergangenheit einige tausend Unterschriften gesammelt und weiss, dass die Zeit reif ist. Das Volk hat genug. Das Abstimmungsergebnis vom 7. März 2010 gegen die Rentenklauerei bei den Pensionskassen kann deutlicher fast nicht sein!

Bis bald!  
Christian Locher  
Kampfbereiter, designerter, nicht resignierter Präsident



# GEWERKSCHAFT KOMMUNIKATION



**2010  
Gegenwart  
und Ausblick**

Das erste Jahrzehnt im neuen Millennium war postalsch von harten Auseinandersetzungen in arbeitsrechtlichen Belangen geprägt. Die Schritte der schweizerischen Postmarktliberalisierung fasse ich so zusammen: Sozialplan hier – Sozialplan da – keiner gleich, aber möglichst für jede Umstrukturierung einen eigenen!

Der Umgangston zwischen Arbeitgeberin und Gewerkschaft hat sich deutlich verändert. Schlimm ist vorab, was Seitens Post seit der Einführung des GAV an Verwarnungen ausgesprochen wird, um damit die Arbeitnehmenden vermeintlich zu disziplinieren und auf Linie zu trimmen.

Erhofft hatte man sich eigentlich ein Instrument, um die nicht Stromlinienförmigen bequem loszuwerden. Dieses sticht aber nicht, weil der Kündigungsschutz doch noch eine Spur besser ist als im Privatrecht. Wurde vor 20 Jahren mal ein Verweis oder eine Versetzung in ein provisorisches Anstellungsverhältnis ausgesprochen und damit die erhoffte Wirkung erreicht, wird aktuell für jeden Mist eine Verwarnung mit möglichst dreijähriger Laufdauer ausgesprochen, obwohl diese Massnahme in den meisten Fällen nicht wirklich berechtigt ist. Der administrative Aufwand ist dabei enorm und die Wirkung die man sich damit erhofft tritt längst nicht in jedem Fall zutage.

In dieses Kapitel passen auch Vereinbarungen im Zu-



sammenhang mit Arbeitsplatz- oder Funktionswechsellern. Solche Dinge sind inhaltlich bis ins Detail zu prüfen, weil heute nicht mehr gewährleistet ist, dass die für «die Angeklagten» günstigste Variante im Text hinterlegt ist. Dieser Faktor war zu Zeiten der PTT-Betriebe gänzlich unbekannt.

In diesen Punkten hat uns die Anpassung an die sogenannte Konkurrenzfähigkeit nichts Erfreuliches gebracht – Willkür ist wirklich kein Fortschritt!

Die sozialpolitische Entwicklung der Schweiz geriet in den letzten 25 Jahren ganz allgemein stark unter Druck. Verbesserungen bei den einschlägigen Errungenschaften wie AHV, IV, Arbeitslosenversicherung und Pensionskassen waren kaum mehr zu realisieren.

Verschlechterungen hingegen konnte die bürgerliche Parlamentsmehrheit praktisch immer durchsetzen. Nur wenn sie es allzu dreist versuchten, wie zum Beispiel zuletzt mit der Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen, setzte es Hiebe ab.

Die Abstimmung vom 8. März 2010 bescherte den Banken, Versicherungen und ihren Lobbygruppen allerdings eine historische Klatsche. Das Anliegen wurde mit über 72 % Neinstimmen hochkantig abgeschmettert und siehe da: Am Tag danach setzte die Kehrtwende hin zu einer nachvollziehbareren Auslegung bereits ein!



Ein ebenfalls unrühmliches Thema sind die explosionsartig gestiegenen Krankenkassenprämien. An sich ist heute im Gesundheitswesen bereits eine Dreiklassengesellschaft implementiert. Hierzu wurden schon einige Korrekturen vorgeschlagen, ohne dass sich bisher ein Modell durchgesetzt hätte.

Dabei drängt sich die Realisierung einer Einheitskrankenkasse nach dem Modell SUVA auf. Mittlerweile sehen das auch diejenigen Kantone so, welche am meisten mit den Auswüchsen im Gesundheitswesen konfrontiert sind. Möglich, dass sich als Folge der Finanzkrise in Zukunft Mehrheiten finden, um der Entsolidarisierung in diesem Bereich einen Riegel zu schieben.

Wenn ich an dieser Stelle versuche, eine Bilanz über 125 Jahre Postgewerkschaft(en) auf dem Platz Bern zu ziehen, komme ich nicht darum herum: Ich behaupte, der Kreis droht sich zu schliessen. Die in der Zwischenzeit wohl erworbene Arbeitnehmerrechte sollen wieder auf den Stand von vor gut 100 Jahren zurückgefahren werden.

Es steht viel auf dem Spiel, gerade im öffentlichen Dienst und in der Versorgung der Bevölkerung – beispielsweise mit garantiertem Zugang zu möglichst ökologisch einwandfrei hergestelltem Strom und zu sauberem Trinkwasser. Ein Marktgesetz für diese elementaren täglichen Verbrauchsmittel ist nicht zwingend gefragt,



eine Regelung der Versorgungssicherheit zu möglichst günstigen Preisen hingegen schon.

Wer glaubt, die Theorien der «Weissbuch-Theoretiker» (Mitte der 1990er verfasst durch de Pury und Co.) für einen schlanken Service public seinen ausgestanden und gehörten der Vergangenheit an, irrt. Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr, Bildungswesen usw. stehen weiterhin vor grossen Herausforderungen.

Ein eigentlicher Kahlschlag konnte bisher meist verhindert werden. Leistungsabbau hat aber schon stattgefunden und, dass die Absichten bestehen, dies weiter zu tun, kann man an Hand der gegenwärtigen Diskussion rund um die Steuersenkungen im Kanton Bern mitverfolgen. Wenn weniger Geld zur Verfügung steht, muss gespart werden. Wo das der Fall sein kann, habe ich versucht, in dieser Jubiläumsschrift aufzuzeigen.

Wie man Gegensteuer geben kann, auch. Trotzdem, der gewerkschaftliche Zusammenschluss hinkt solchen Entwicklungen gewaltig hinterher und erfolgt – wenn überhaupt – erst dann, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Aktuellstes Beispiel dafür sind die fünf Entlassungen im Materiallager der Post an der Bolligenstrasse in Bern.

Auch hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Entwicklung werden wir uns den Sonderfall Schweiz kaum auf ewig leisten können. Auf Grund der Banken- und Finanzkrise international ins Abseits gedrängt, erleben wir diese Isolation auch in der gegenwärtigen zwischenstaatlichen Auseinandersetzung mit Lybien.

Ohne Hilfe von aussen – in dieser Sache namentlich durch die EU – sind wir nicht im Stande, dieses Problem adäquat zu lösen. Der bisher gepriesene Weg der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss, weil er generell nur den wirtschaftlichen Interessen Rechnung trägt. Fortschrittlichere Errungenschaften in Sachen Arbeitsrecht und Anstellungsbedingungen hingegen werden kaum übernommen oder derart verwässert, dass sie zu wenig griffig wirken.

Der Titel dieser Chronik ist bewusst gewählt. Er trägt dann Früchte, wenn die Auseinandersetzungen nicht alleine, sondern gemeinsam geführt werden können. Ein Blick in die Vergangenheit kann da nur helfen – die Rezepte für Widerstand gegen unsinnige Entwicklungen müssen nicht neu erfunden – sondern nur gelebt werden!

In diesem Sinn: Kampfgeist und Widerstand!

## «The winner takes it all»

von Rolf Schranz, Regionalsekretär

Für Dienstag, 12. November 1918 rief das Oltener Komitee zu einem unbefristeten, landesweiten Generalstreik auf. Daraufhin legten gegen 400'000 Arbeitnehmer Fabriken, öffentliche Verwaltung, Eisenbahnen und Zeitungsdruckereien in den meisten Orten der Schweiz still. Unter dem Vorwand, einem Staatsstreich zuvorkommen zu müssen, liess der Bundesrat Städte wie Zürich und Bern militärisch besetzen. Es kam zu Zusammenstössen. In Grenchen wurden drei Arbeiter erschossen. Der Streik brach nach drei Tagen zusammen. Nach einem öffentlichen Verfahren erhielten die Hauptakteure Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten.

Und doch war der Streik nicht umsonst. Denn die Forderungen wurden ernst genommen. Die 48-Stundenwoche wurde eingeführt, kollektive Arbeitsverträge abgeschlossen und zudem die Altersvorsorge und Arbeitslosenfürsorge ausgebaut. Die meisten anderen Forderungen des Oltener Komitees wurden in der Zwischenzeit auch demokratisch verwirklicht.

Die sozialen Errungenschaften der Schweiz, auf welche wir stolz sein können, wurden uns nicht im Schlaf geschenkt. Sie mussten erkämpft werden. Und diejenigen, die sich an diesem Kampf beteiligten, riskierten viel. Davon können wir profitieren. Wer sich heute gewerkschaftlich engagiert, muss nicht mehr mit Gefängnisstrafen rechnen. Wer invalid wird, endet nicht im Armenhaus. Die Schweiz verfügt über starke Sozialversi-

cherungen. Unser Drei-Säulen-Konzept wird im Ausland als vorbildlich angesehen. Dank der Sozialpartnerschaft ersetzten Verhandlungen über Gesamtarbeitsverträge die Arbeitskämpfe auf der Strasse.

Doch alle diese sozialen Errungenschaften werden 92 Jahre nach dem Generalstreik in Frage gestellt. Ein Geist geht um in Europa. Es ist der Geist der neoliberalen Ideologie, der Abbau sozialer Errungenschaften, der Privatisierung und der Deregulierung. Natürlich kann der Globalisierung die Schuld in die Schuhe geschoben werden, dass der Druck auf die Löhne steigt und sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Doch machen wir es uns mit diesem Sündenbock einfach, in Anbetracht der Schweizer Manager, welche an einem Arbeitstag so viel verdienen, wie zwei Arbeiter pro Jahr.

Natürlich verändert sich die Demographie, was eine Anpassung der 1. und 2. Säule nötig macht. Und doch: die Solidarität darf niemals das Opfer sein.

Die Refeudalisierung ist das Gegenstück zum Sozialabbau. Der Prozess geschieht schleichend. Und plötzlich steht man vor vollendeten Tatsachen, wenn man nicht wachsam ist. Deshalb ist es wichtig, genau hinzuschauen, Missstände anzuprangern. Es kann nicht sein, dass hart erkämpfte Gesamtarbeitsverträge durch Temporärfirmen ausgehebelt werden. Wie steht es der Schweiz zu Gesicht, dass Menschen unter dem Existenzminimum





leben, obwohl sie einer Vollzeitätigkeit nachgehen. Und warum müssen alle Märkte liberalisiert werden? Soll eines Tages auch noch die Polizei privatisiert werden? Weil sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Kapitalismus als Sieger herauskristallisiert hat? The winner takes it all? Nein! Ein System, das versagt hat, legitimiert kein anderes fehlerhaftes System. Dies sollte uns spätestens seit dem Crash der Wall Street im Herbst 2008 klar sein.

Ich hoffe deshalb, dass die eidgenössische Volksinitiative «Für eine starke Post» zustande kommt und später an der Urne angenommen wird. Es geht um mehr als bloss die Sicherung des Service public. Die Initiative soll

ein Denktzettel werden für alle Liberalisierungsbefürworter, welche bloss den Profit sehen. Nochmals grössere Touren für die Zusteller? Noch höherer Leistungsdruck? Gestresste Menschen, die an ihrer Arbeit erkranken? Nein! Es ist Zeit, sich zu besinnen, einen neuen Weg einzuschlagen und sich vermehrt wieder an humanen Werten zu orientieren. Davon profitieren wird nicht nur das Postpersonal, sondern das ganze Schweizer Volk.

Oder wie Paul Ernst einmal gesagt hat: «Die heutigen Menschen glauben, dass man die Arbeit so einrichten müsse, dass sie möglichst viel Ertrag abwerfe. Das ist ein falscher Glaube; man muss die Arbeit so einrichten, dass sie die Menschen beglückt.»

## Gewerkschaftliche Kernthemen von 1885 bis 2010

von Adrian Flükiger

### Von den Anfängen nach Lohnerhöhungen...

Nachstehend der Wortlaut des Gesuches von 1891 in Originalschrift, wobei mit Genugtuung zu vermerken ist, dass der Verein der Postbediensteten in Bern an der Spitze der unterzeichnenden Sektionen steht. Die Inhal-

te des Schreibens wurden mit den anderen Sektionen in Olten abgesprochen. Eine Tradition die sich bis in die Gegenwart hinein hält – heute treffen wir uns jeweils im «Gleis 13».

### Löhne und Zulagen

#### Gesuch der eidgenössischen Postbediensteten an die hohe Bundesversammlung in Bern

«Hochgeehrter Herr Präsident!

Hochgeehrteste Herren National- und Ständeräthe!

Die unterzeichnenden Vereine der eidgenössischen Postbediensteten sind so frei, Ihnen das nachstehende Gesuch ehrerbietig zu unterbreiten.

Schon im Jahre 1887 hatten die vorgenannten Bediensteten in Folge der fortwährend steigenden Preise der nothwendigsten Lebensbedürfnisse und namentlich der hohen Wohnungsmiethzinse in den Städten, wo selbst für die kleinsten Logis mehr als ein Viertel der durchschnittlichen Besoldung eines Postbediensteten geopfert werden muss, in einer Eingabe an die Kreispostdirektionen die Wünsche zu einer Besoldungs-Reform für Bedienstete der Bureaux I. und II. Klasse vorgebracht.

Unterdessen haben sich einige Mitglieder der h. Bundesversammlung der Besoldungsangelegenheit der betreffenden Bediensteten selbst angenommen (siehe Motion der Herren Ständeräthe Ruchet, Jordan, Gavard und Bosso vom 7. Dezember 1888).

Trotzdem nun in Folge dessen das Postdepartement mit einer diesbezüglichen Vorlage (Botschaft an die Bundesversammlung) in der Dezembersession 1890 einen Kreditposten von Fr. 200'000.– verlangte, wurde von diesem Posten zu unserer Überraschung leider nahezu die Hälfte abgestrichen, wodurch auch unsere Hoffnung auf eine endgültige und allerseits Segen bringende Gehalts-Reform für dieses Jahr zerstört wurde.

In der letzten Session, Sitzung vom 16. April 1891, wurde dann von den Herren Nationalräthen Dr. Schmid und Mitunterzeichnern neuerdings eine Motion zu Händen des h. Bundesrathes gestellt, betreffend Regelung der Besoldungsverhältnisse im Sinne einer Erhöhung

der Besoldungen der Postbediensteten.

Wir nehmen daher Anlass, hochgeehrte Herren National- und Ständeräthe, hiermit mit der ergebenen und dringlichen Bitte vor Sie zu gelangen: Sie möchten denjenigen Kredit, welcher von der h. Bundesversammlung im Dezember 1890 vom Budgetentwurfe gestrichen worden ist, nachträglich als Nachtragskredit pro 1891 gütigst bewilligen, womit dem Postdepartement die Möglichkeit gegeben wäre, diejenige Besoldungs-Reform durchzuführen, welche in der letzten Budget-Botschaft als dringend empfohlen und von sämmtlichen Postbediensteten mit grosser Befriedigung begrüsst worden ist. Indem wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hingeben, dass unsere Bitte Anklang und Erhöhung finden werde, benutzen wir diesen Anlass, Sie, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Räthe, unserer vollkommenen Hochachtung und Ergebenheit zu versichern und uns Ihrem Wohlwollen bestens zu empfehlen.

Bern, im Mai 1891

Der Verein der Postbediensteten, Sektion Bern  
Societe des employes postaux, Section Lausanne  
Verein der Post- und Telegraphen-Bediensteten, Sektion Zürich  
Societe des employes postaux, Section de Geneve  
Verein der Postbediensteten, Sektion St. Gallen  
Verein der Postbediensteten in Herisau  
Die Postbediensteten des Hauptpostbureau in Aarau  
Postbediensteten-Verein, Sektion Solothurn  
Die Postbediensteten des Hauptpostbureau in Luzern  
Verein der Postbediensteten, Sektion Chur  
Die Bediensteten des Postbureau in Olten  
Die Postbediensteten des Postbureau in Biel»



Lohnforderungen und -verhandlungen sind eines der gewerkschaftlichen Kernthemen. Wer sich im Zeitraffer durchliest kann nachvollziehen, welche Opfer dem Postpersonal während der beiden Weltkriege in diesem Bereich aufgebürdet wurden! Die Lebensumstände an sich haben sich seither markant verändert – auch, aber nicht nur, zum Besseren. Trotzdem hielt und hält uns dieses Thema auch weiterhin auf Trab.

1905: Zulagen: Die Delegiertenversammlung des Verbandes fand in Bern statt. Ein Antrag lautete auf gleiche Höhe der Früh-, Nacht- und Fahrdienstentschädigungen wie bei den Beamten. Ein Pferdefuss, der erst 2002 mit der Überführung unter den Gesamtarbeitsvertrag Post ausgemerzt werden konnte.

1988: Die prekäre Personalsituation war einmal mehr auch auf die nicht mehr besonders konkurrenzfähigen Postlöhne zurückzuführen. Im Herbst 1988 wurde eine Einmalzahlung von Fr. 600.– ausgerichtet, per 1. Januar 1989 folgte eine Realloohnerhöhung von 2 % und – für Orte mit besonders prekären Personalverhältnissen – ein Sonderzuschlag zum Ortszuschlag von Fr. 2'000.– pro Jahr. In den Genuss dieser Zulage kamen vorab Genf und Zürich. Zudem wurden die Einreihungen einer Totalrevision unterstellt. Ergebnis: Die Lohnskala stellte man auf den Kopf. Waren bisher die hohen Einkommen in den tiefen Lohnklassen eingereiht, wechselte man nun die Systematik um 180 Grad.

1989 schreibt Peter Blaser im Vorwort des Jahresberichtes, dass die Gewerkschaftsspitze nun umdenken und zu Gunsten der untersten Einkommensgruppen von generellen prozentualen Lohnforderungen Abschied nehmen müsse. Stattdessen seien degressive Lohnerhöhungen oder Frankenbeträge zu fordern, die für die unteren Einkommensgruppen stärker gewichten als «oben». Eine Forderung notabene, wie sie der Schweizerische Gewerkschaftsbund bereits seit 100 Jahren stelle. Zitat Ende.

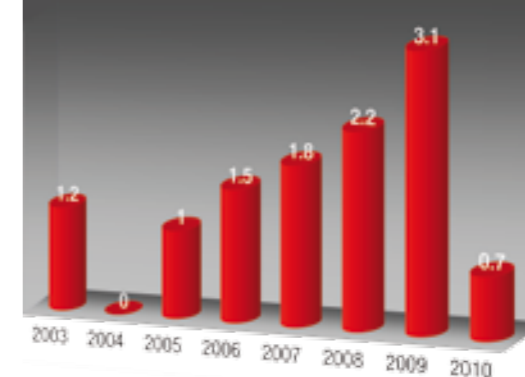
Ergebnisse der Lohnverhandlungen per

- 1. 1. 1991: Teuerungsausgleich von 6 %
- 1. 7. 1991: Realloohnerhöhung von 3 %, mindestens Fr. 1'800.– pro Jahr
- 1. 1. 1992: Teuerungsausgleich von 4,5 %, die Nachtzulage wird von Fr. 5.30 auf Fr. 5.80 erhöht

Ab 1993 verbesserte sich die Personalsituation als Folge der Wirtschaftskrise schlagartig. Der Kongress 1994 nahm einen drei Jahre vorher noch hochkantig abgelehnten Antrag an, mit dem höhere Lohnabschlüsse für die unteren Lohnklassen durchgesetzt werden sollten.

Das Anliegen ist so alt wie es eine Postgewerkschaft gibt. Trotzdem konnte es bis heute noch praktisch nie verwirklicht werden.

Postlöhne:  
Jahresvergleich der Lohnverhandlungen von 2003 bis 2010  
Generelle Lohnmassnahmen  
in %.



### ...über Leistungslohn...

1. 3. 2000: Wer in der Personalbeurteilung mindestens auf den Wert «genügend» kommt, erhält eine einmalige Zulage in Höhe von 1,3 % des Bruttolohnes, mindestens aber Fr. 800.–.

### ...in die Gegenwart der Lohnabschlüsse seit Einführung des Gesamtarbeitsvertrages Post im Jahr 2002

15. November 2001: Rückweisung des ersten Verhandlungsergebnisses unter dem GAV Post! Die zuständige Firmenkonferenz sagt mit 44:43 NEIN! Im Anschluss werden schweizweit Protestaktionen durchgeführt.

### Kampf für die Einführung der 44-Stundenwoche

An der Hauptversammlung 1965 wurde die Haltung des Gewerbeverbandes betreffend Einführung der 44-Stundenwoche für das Betriebspersonal der Post gerügt. Die von der Versammlung verabschiedete Resolution erteilte im Berner Blätterwald nur ungnädige Kritik. Der Chronist der 100 Jahr Feier schrieb dazu 1985: «Speziell die Neuen Berner Nachrichten (heute die Berner Zeitung), ein extrem rechts stehendes Blatt, übte polemische Kritik an unserer Haltung. Sie warfen uns sogar vor, dass die PTT-Union in sozialistischer Obhut stehe».

Am 20. März 1966 fand in fünf Grossstädten eine Demonstration für die 44-Stundenwoche statt. In Bern

Schliesslich musste die Schlichtungsinstanz die Lohnmassnahmen 2002 beschliessen. Die Ablehnung gab «uns» recht. Das Ergebnis fiel besser aus. Die Post unterschrieb diesen Kompromiss nie, bezahlte aber letztendlich 0,05 % mehr als ursprünglich ausgehandelt. Es war der Beginn der explosionsartig nach oben schießenden Jahresgewinne – so gesehen auch aus dieser Warte die richtige Antwort. Seither hat man sich immer ohne «fremde Richter» gefunden nach dem Motto: «Kleinster gemeinsamer Nenner». Die Lohnverhandlungen haben sich mittlerweile zu einem alljährlichen Verhandlungspoker entwickelt, welcher auf teilweise tiefem Niveau ausgetragen wird.

nahmen ca. 5'000 Personen, meist Uniformierte, teil. Die 44-Stundenwoche wurde auf den 1. Januar 1968 eingeführt.

### Über 35'000 Menschen auf dem Bundesplatz

Am 27. November 1982 demonstrierte das Bundespersonal mit der grössten bis dato in Bern gesehenen Kundgebung für die Einführung der 42-Stundenwoche, welche auf den 1. Juni 1986 schliesslich umgesetzt wurde. Auf den 1. Juli 1995 wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 41 Stunden verkürzt, effektiv aber blieb es bei 42 Stunden. Die pro Jahr so mehr geleistete Stunde wird seither mit einer Woche mehr Ferien ausgeglichen.

### Arbeitszeitverkürzung





### AHV und Pensionskasse

1910: Die Sektion schlug der Verbandsleitung vor, mit der Oberbehörde Gespräche über einen Fonds für eine Alters-, Witwen- und Waisenkasse aufzunehmen. Vorgesehen war, dass jeder Beamte und Angestellte monatlich Fr. 1.– zu bezahlen hatte.

1918: Generalstreik: Die Einführung einer solchen Versicherung kommt in das Forderungspaket des Oltener Komitees.

1948: Die AHV wird eingeführt und im Laufe der Zeit immer wieder den «aktuellen Gegebenheiten» angepasst. In der Gegenwart bedeuten AHV-Vorlagen in der Regel,

Verschlechterungen zu Lasten der Versicherten.

2010: Das gilt auch für die Pensionskassen, bei denen am 8. März gerade eine wüste Leistungskürzung verhindert werden konnte. Versicherungen, Banken und das bürgerlich dominierte Parlament versuchten, den Umwandlungssatz auf 6,4 % – und damit die individuellen Rentenleistungen – um mehrere hundert Franken pro Monat zu senken. Selten hat das Schweizervolk eine Parlamentsvorlage derart wuchtig bachab geschickt. Der 8. März war für einen «Milizgewerkschafter» ein glänzender Tag! Davon träumst Du immer mal wieder und tatsächlich tritt das Erhoffte mal ein!

### Zustellung

#### Einführung der täglich einmaligen Briefpostzustellung

Der Jubiläums-Chronik von 1985 kann entnommen werden, dass seit 1973 in Bern die Briefpost nur noch einmal täglich zugestellt wird. Diese «Verbesserung» führte für das betroffene Personal zu schwerwiegenden Nachteilen, weil die Vorgaben der so genannten Kommission STOP stark verwässert wurden. Insbesondere blieb die gewerkschaftliche Forderung -, nämlich die Beibehaltung der zweimaligen täglichen Postzustellung, aber an fünf Tagen, also von Montag bis Freitag, ohne Berücksichtigung.

1976 verfügte die Generaldirektion PTT, dass seither an Samstagen wieder eine Vollzustellung von Briefen, Karten und Zeitungen stattfindet. Trotz heftigen Protesten war die Verwaltung nicht bereit, unsere Argumente zu berücksichtigen und hielt an ihrem Konzept fest. Die Orientierungsversammlung für das Zustellpersonal wurde von 191 Kolleginnen und Kollegen besucht, welche nach einer lebhaften Diskussion abermals eine Resolution verabschiedeten.

Um die Meinung der Postkunden zu erforschen, wurde die Verwaltung aufgefordert, eine objektive Publikums-umfrage durchzuführen, was jedoch abgelehnt wurde.

Die PTT-Union beschloss darauf, eine solche Umfrage in eigener Regie zu starten. In den Städten Zürich, Basel, Schaffhausen und Bern, wo die Umfrage durchgeführt wurde, vertrugen die Briefboten die Fragebogen ausserhalb der Arbeitszeit. Und das trotz Warnschreiben der Kreispostdirektionen, die noch versuchten, das Zustellpersonal davon abzuhalten. In der Öffentlichkeit löste dieser Fragebogen einen wahren Wirbelsturm aus. Die Kritik reichte von «Manipulation der Postkunden» und «Krieg mit der PTT-Verwaltung» bis zu üblen persönlichen Protestschreiben.

Neben den Leserbriefen in den Tageszeitungen «Der Bund» und «Berner Tagblatt» wurden insgesamt 297 Zuschriften mit einem 7-seitigen Brief beantwortet, in welchem man die Situation des Zustellpersonals aufzeigte. Die Antworten wurden aber auch dem Stil und Ton der Schreibenden angepasst.

Der Verfasser des Jahresberichtes von 1973 bezeichnete die ganze Aktion als eine der spektakulärsten in der Geschichte der PTT-Union und gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass trotz Androhungen der Verwaltung keine Sanktionen gegen das Zustellpersonal ergriffen wurden.

### 2011: Gangfolgesortierung

Im März 2010 gab die Post bekannt, dass im Rahmen einer Weiterentwicklung der automatischen Briefpostverarbeitung eine Ausschreibung für den Kauf von 20 bis 60 Maschinen erfolgt sei. Diese Maschinen würden die sogenannte Gangfolgesortierung ermöglichen.

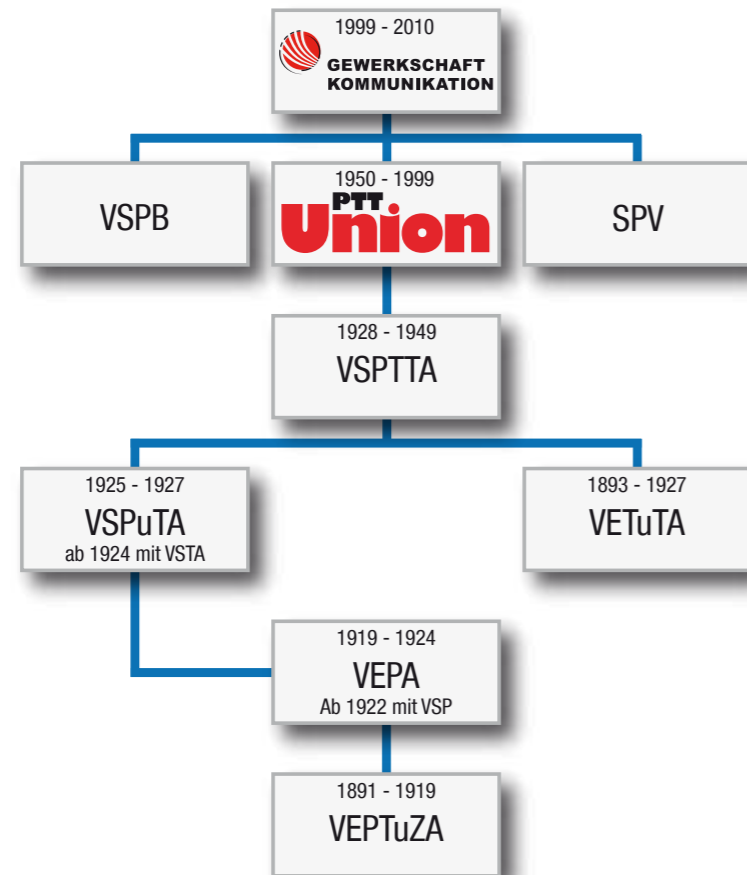
Die Gewerkschaft Kommunikation geht in einer ersten Schätzung davon aus, dass die Post in der Zustellung so rund 3'400 Personen wird einsparen können. Erste Tests finden seit 2009 in der Ostschweiz statt. Die Umsetzung soll ab 2011 erfolgen.

In den letzten Jahren hat der Zusammenhalt in den Reihen des Zustellpersonals ziemlich gelitten und die Post konnte alle ihre Projekte in diesem Bereich umsetzen. Nebst der Gangfolgesortierung ist noch einiges mehr in der Pipeline, das direkte Auswirkungen auf die Anstellungsbedingungen haben wird. Kampfgeist und Widerstand werden weiterhin unerlässlich sein.

Das Motto ist klar: Für Dich, mit Dir, nur gemeinsam geht's!



## Entwicklung der Verbands- resp. Gewerkschaftsstruktur 1885 - 2010



VSPB = Verband Schweizerischer Postbeamter  
 SPV = Schweizerischer Posthalterverband  
 VSPPTA = Verband Schweizerischer Post-, Telefon- und Telegraphenangestellter  
 VSPuTA = Verband Schweizerischer Post- und Telegraphenangestellter  
 VSTA = Verband Schweizerischer Telegraphenangestellter  
 VETuTA = Verband eidgenössischer Telefon- und Telegraphenangestellter  
 VEPA = Verband eidgenössischer Postangestellter  
 VSP = Verband Schweizerischer Postillone  
 VEPTuZA = Verband eidgenössischer Post-, Telegraphen- und Zollangestellter

### Sektionspräsidenten seit der Gründung

|                         |                   |
|-------------------------|-------------------|
| Umiker J. E.            | 1885 - 1886       |
| Rohrer Rudolf           | 1887              |
| Thomet Adolf            | 1888 - 1890       |
| Holzer Ch.              | 1891 - 1893       |
| Pauli J.                | 1893              |
| Steger Rudolf           | 1894              |
| Thomet Adolf            | 1895              |
| Wirz J.                 | 1896 - 1899       |
| Schönmann E.            | 1900 - 1902       |
| Steger Rudolf           | 1903              |
| Schmalz Fritz           | 1904 - 1906       |
| Schönmann E.            | 1907              |
| Maurer Theodor          | 1908 - 1909       |
| Sidler J.               | 1910 - 1911       |
| Beglinger Jakob         | 1912 - 1913       |
| Schmalz Fritz           | 1914 - 1917       |
| Reinhard Ernst          | 1918              |
|                         | (27. 1. - 17. 3.) |
| Gerber Karl             | 1918 - 1924       |
| Fehlmann Fritz          | 1925 - 1928       |
| Zahnd Fritz             | 1929 - 1930       |
| Zürcher Emil            | 1931 - 1936       |
| Fehlmann Fritz          | 1936 - 1939       |
| Hänni Rudolf            | 1940 - 1941       |
| Stalder Hermann         | 1942 - 1951       |
| Neuenschwander Ernst    | 1952 - 1958       |
| Messerli Heinrich       | 1959 - 1964       |
| Kühni Hanspeter         | 1964 - 1965       |
| Neuenschwander Ernst II | 1966 - 1977       |
| Schüpbach Johann        | 1978 - 1989       |
| Blaser Peter            | 1989 - 1995       |
| Flükiger Adrian         | 1995 - 2010       |
| Locher Christian        | 2010 -            |

### Impressum:

Kampfgeist und Widerstand! – Chronik einer bewegten Geschichte

Jubiläumsschrift  
zum 125-jährigen Bestehen der Sektion Bern Postpersonal

Text und Konzept: Adrian Flükiger  
 Mit Beiträgen von: Franz Adam, Paul Gränicher,  
 Andreas Keller, Hanspeter Kühni,  
 Christian Locher, Rolf Schranz,  
 Johann Schüpbach und Beat Stettler

Bildmaterial: Archiv der Sektion Bern Postpersonal  
 Grafik und Layout: Christof Berger, Bern  
 Druck und Ausrüstung: Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern  
 Auflage: 500 Ex.

© Sektion Bern Postpersonal 2010

Herausgeberin: Gewerkschaft Kommunikation  
 Sektion Bern Postpersonal  
 Monbijoustrasse 61, Postfach 1043  
 3000 Bern 23

Tel.: +41 31 372 44 17  
 Mail: geko.bern.postpersonal@bluewin.ch  
 Web: www.syndicombe.ch



